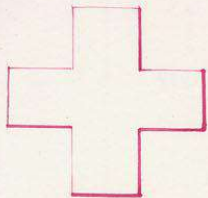


Bundesverfassung



der

Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Im Namen Gottes
des
A. M. A. E. S. O. E. N.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft,
in der Absicht, den Bund der Eidgenossen zu befestigen,
die Einheit, Kraft und Ehre der Schweizerischen Nation zu
erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bundesverfassung
angenommen:

Bundesverfassung
der
Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Der einzig ungetrennte und unzerstörte Bund vereinigt die
Volksgemeinschaften der zwölf und zwanzig souveränen Cantone
als: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (ob
und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn,

Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider
Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Nargau, Thurgau,
Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genéve bilden
in ihrer Gesamtheit die schweizerische Eidgenossenschaft.

Art. 2.

Der Bund hat zum Zweck: Befreiung der Unabgäng-
igkeit des Vaterlandes gegen Aussen, Handhabung von Recht
und Ordnung im Innern, Befehl der Souveränität und der Rechte
der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohl-
fahrt.

Art. 3.

Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität,
nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und über
als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt
übertragen sind.

Art. 4.

Alle Schweizer sind vor dem Gesetz gleich. Es giebt in
der Schweiz keine Untertänigkeitsverhältnisse, keine Vorrechte
des Orts, des Geburts, der Familien oder Personen.

Art. 5.

Der Bund gewährleistet den Kantonen ihr Gebiet, ihre
Souveränität und ihre Verfassung des Artikels 3, ihre Ver-
fassung, die Souveränität, die Rechte des Volkes und die von
verfassungsmässigen Rechten der Bürger gleich den Rechten
und Befugnissen, welche das Volk den Beförden übertra-
gen hat.

Art. 6.

Die Kantone sind verpflichtet, für ihre Verfassungen
die Gewährleistung des Bundes nachzusuchen.

Der Bund übernimmt diese Gewährleistung in so fern:
a. sie nicht den Verfassungen der Bundesverfassung zuwi-
derlaufend ausfällt;

B

b. für die Ausübung der politischen Rechte nach vorzähl-
barigsten - nachprüfbarsten oder durchwählbarsten - Formen
sich zu;

c. für die Rechte anganzumachen worden sind und sind.
dies werden können, wenn die absolute Majorität der
Stimmen so verlangt.

Art. 7.

Landes- und Provinzial- und Kreis- politische Rechte
zwischen den Kantonen sind unterteilt.

Vergewaltigung der Rechte zu, Verhinderung über
Gegensätze der Gesetzgebung, der Gerichtsbarkeit und der
Verwaltung unter sich abzuschließen; jedoch haben sie dieselben
den Landesbesörden zur Verfügung zu stellen, welche, wenn diese
Verhinderung etwas dem Land oder den Kreisen anderer
Kantone zuwiderlaufen sollte, durch Vollziehung zu
sicheren befugt ist. Die untergeordneten Fälle sind die be-
treffenden Kantone beauftragt, zur Vollziehung die Mitwir-
kung der Landesbesörden anzuknüpfen.

Art. 8.

Den Landes- allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären,
Frieden zu schließen, Landes- und Provinzial- und Kreis-
Verträge, unentgeltlich Zoll- und Handelsverträge mit dem
Auslande einzugehen.

Art. 9.

Ausnahmeweise bleibt den Kantonen die Befugnis,
Verträge über Gegenseitigkeit der Handelsverträge, des reis-
barischen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande ab-
zuschließen; jedoch dürfen dieselben nicht dem Land oder
den Kreisen anderer Kantone zuwiderlaufen ent-
fallen.

Art. 10.

Der amtliche Verkehr zwischen den Kantonen und Auswärts

9

diegenen Staatsregierungen, sowie ihren Vollmachten,
durch einen ihrer Vermittlung im Bundesratte.

Unter die im Art. 9 bezeichneten Gegenstände können
jedoch die Kantone mit der Untergewordnen Beförderung
und Gewalten eines auswärtigen Staates in unmittel-
barem Verkehr stehen.

Art. 11.

Es dürfen keine Militärkonzentrationen abgefloßen werden.

Art. 12.

Die Mitglieder der Bundesversammlung, die eidgenös-
sischen Zivil- und Militärbauern und die eidgenössischen
Regierungsräte oder Kommissarien dürfen von aus-
wärtigen Regierungen weder Pensionen oder Gehäl-
ter, Rital, Gasfanden oder Orden annehmen.

Sind sie bereits im Besitze von Pensionen, Ritalen oder
Orden, so haben sie sich ihre Ansprüche auf den Gewinn
der Pensionen und das Ansehen der Rital und Orden
zu verzielen.

Untergewordnen Bauern und Augestellten kann
jedoch vom Bundesratte der Fortbezug von Pensionen be-
willigt werden.

Art. 13.

Der Bund ist nicht berechtigt, Befehle zu er-
lassen.

Ohne Einwilligung der Bundesversammlung darf kein Kan-
ton oder ein gutwilliger Kanton kein Landweil mehr
als 300 Mann Befehle erlassen, die Landjäger-
korps nicht einbezogen.

Art. 14.

Die Kantone sind verpflichtet, wann Nothwendig-
keit unter ihnen vorfällt, sich zu ihrer Hilfe, sowie

B

juder Looeffnung zu entfallen und sich der Einver-
ständigen Unterstützung zu unterziehen.

Art. 15.

Wenn einem Kantone von Aussen glücklich Gefas-
se droht, so ist die Regierung des benachbarten Kantons verpflichtet,
andere Kantone zur Hülfe zu mahnen, unter gleichzeitiger
Anzeige an die Landesoberen und insofern möglich die
andere Verfügungen seiner Landes. Die genannten Kantone sind
zum Zuzuge verpflichtet. Die Kosten trägt die eigene Regierung.

Art. 16.

Die gestörte Ordnung im Innern, oder wenn von ei-
nem andern Kantone Gefassee droht, ist die Regierung des
benachbarten Kantons dem Einverständnis gleich zu
geben, damit dieser inner den Grenzen seiner Kompetenz
(Art. 90, Nr. 3, 10 und 11) die erforderlichen Maßregeln treffen
oder die Landesversammlung einberufen kann. In ein-
geradem Falle ist die benachbarte Regierung befugt, unter so-
fortiger Anzeige an den Einverständnis, andere Kantone zur
Hülfe zu mahnen, und die genannten Kantone sind zur Hülfe-
leistung verpflichtet.

Wenn die Kantonsregierung außer Landes ist, Hülfe an-
zuvertrauen, so kann, und wenn die Befehlshaber des Landes ge-
schweigt wird, so soll die benachbarte Landesoberen von sich
aus unterstützen.

In Fällen dergleichen Intervention fordern die Lan-
desoberen für die Leistung der Vorschriften von Art. 5.

Die Kosten trägt der mahnenende oder die dergleichen
Intervention verursachende Kanton, wenn nicht die Ein-
verständnisversammlung wegen besonderer Umstände etwas An-
dres beschließt.

Art. 17.

In den Fällen Art. 15 und 16 bezeichneten Fälle ist jeder



Kanton verpflichtet, von Urizzen sechsen vierzigzig zu ge-
halten. Diese sind sofort unter vierzigzig Pfund Leitung zu stellen.

Art. 18.

Jeder Schweizer ist verpflichtet.

Art. 19.

Das Einweisesamt, welches aus dem Kontingent der Kan-
tonen gebildet wird, besteht:

a. aus dem Einweisesamt, wozu jeder Kanton auf 100 Taler
persönlicher Besoldung 3 Mann zu stellen hat;

b. aus der Kapelle, deren Leitung die Hälfte des Einweises-
amtes beträgt.

In Zukunft der Gassee kann der Einweisesamt über die übrigen
Militärkräfte (die Landwehr) nicht hinaus versetzt werden.

Die Mannschafsschule, welche nach dem bestehenden Modell,
aber des Kontingent für jeden Kanton besteht, ist alle vierzig
Jahre eines Revisoren zu unterwerfen.

Art. 20.

Um in dem Einweisesamt die erforderliche Gültigkeit,
kraft und Wirksamkeit zu erzielen, werden folgende Grundsätze
festgesetzt:

1) Die Einweisesamt bestimmt die allgemeine Organisation
des Einweisesamtes.

2) Der Einweisesamt:

a. den Unterhalt der Garnierungen, der Artillerie und
der Kavallerie, wobei jeder der Kantone, welche die
je Massengattungen zu stellen haben, die Lieferung der
Pferde obliegt;

b. die Bildung der Inspektoren für die übrigen Massen-
gattungen;

c. für alle Massengattungen ein festes Militärkontingent,

wozu es vornehmlich Militärschulen anweist und Zusam-
menzüge von Truppen anordnet;

d) die Befestigung eines Ortes des Kriegsmaterials.

Die Zentralisation des Militärunterrichts kann nöthig sein,
falls dieselbe die Einheitsgesetzgebung weitest ausdehnen kann.

3) Der Land überweist dem Militärunterricht des Infanterie,
Artillerie und der Kavallerie, sowie die Auffassung, den Land
und Untereinstellung des Kriegszugs, welche die Kantone zum Ein-
satz zu liefern haben.

4) Die Militärverordnungen der Kantone dürfen nicht ent-
halten, was der eidgenössischen Militärorganisation und von
den Kantonen obliegenden einheitsmäßigen Kriegsdienstleistungen
wichtig ist, und müssen zu doppeltiger Prüfung dem Einheits-
rathe vorgelegt werden.

5) Alle Kriegsvertheilungen im eidgenössischen Dienst sind
von eidgenössischer eidgenössischer Infanterie.

Art. 21.

Der Land stellt das Recht zu, im Interesse der eidgenös-
sischen Pflanz oder eines anderen Ortes des Landes, auf Kosten der
eidgenössischen Pflanz öffentliche Werke zu errichten oder die Erwei-
terung derselben zu unterstützen.

Zu diesem Zwecke ist es ihm befugt, gegen willige Zustimmung
des Landes die eidgenössischen Pflanz zu beschaffen. Die
eidgenössischen Pflanz sind über die Einheitsgesetz-
gebung vorzubringen.

Die Eidgenössische Pflanz kann die Errichtung öffentlicher
Werke unterstützen, welche die militärischen Interessen der
eidgenössischen Pflanz betreffen.

Art. 22.

Der Land ist befugt, eine Universität und eine poly-
technische Schule zu errichten.

3

Art. 23.

Das Zollwesen ist Sache des Landes.

Art. 24.

Das Land stellt das Recht zu, die von der Regierung bewilligten oder anerkannten Land- und Wasserzölle, Weg- und Einbahngelder, verbindliche Kaufzölle und andere Gabißen dieser Art, mögen dieselben von Kantonen, Gemeinden, Korporationen oder Privaten bezogen werden, gegen Aufhebung ganz oder Theilweise aufzuheben. Die jährigen Zölle und Weggelder, welche auf dem Transit lasten sollen jedenfalls im ganzen Umfang der Einfuhr, Abfuhr und zwar gleichmäßig eingeleitet werden.

Die Einfuhrzölle sind das Recht, an der schweizerischen Grenze Einfuhr-, Ausgangs- und Durchgangszölle zu erheben.

Die ist beabsichtigt, gegenwärtig für das Zollwesen bestehende Gabißen an der schweizerischen Grenze gegen Aufhebung entweder als fixen oder nachweislich zur Verminderung zu überführen.

Art. 25.

Die Festsetzung der Zölle sollen folgende Grundsätze befolgen:

1. Einfuhrzölle:
 - a. Die für die inländische Industrie erforderlichen Stoffe sind im Zolltarif möglichst gering zu setzen.
 - b. Haupt die zum notwendigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände.
 - c. Die Gegenstände des Luxus unterliegen der höchsten Rate.
2. Durchfuhrzölle, und in der Regel auch die Ausgangszölle, sind möglichst mäßig festzusetzen.

3) Einige die Zollgesetzgebung sind zur Befreiung des Grenz- und Marktwachens geeignete Bestimmungen zu treffen. Dem Übrigen bleibt in Bezug auf das Recht vorbehalten, unter außerordentlichen Umständen, in Abweisung von Verträgen, die Bestimmungen, worüber es sich besonders handelt, zu treffen.

Art. 26.

Der Betrag der Einnahme-, Ausgangs- und Durchgangs-zölle wird folgendermaßen vertheilt:

a. Jeder Kanton erhält 1/3 davon auf den Kopf nach dem Maßstab der Gesamtbevölkerung, welche nach der Volkszählung von 1838 berechnet wird.

b. Wenn ein Kanton für einen für die nach Art. 24 aufgeführten Gebiete nicht vollständig geteilt wird, so hat er nach so viel zu bezahlen, als erforderlich ist, um ihn für einfallende Gebiete nach dem Durchschnitt des Kantons von der fünf Jahre, 1842 bis und mit 1846, zu unterstützen.

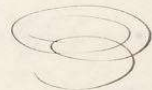
c. Die Mehrerträge fallen in die Einkassas.

Art. 27.

Wenn Zölle, Steuern und Ertragsgelder für Bildung eines Fonds oder eines Anstalts einfallend bewilligt worden sind, so hat der Betrag einfallend oder die festgesetzte Summe auf, sobald das Kapital oder der betreffende Anstalt nach Zinsen geteilt ist.

Art. 28.

Wenn ein bereits abgeschlossener Vertrag oder Vertrag über den Transitgebühren aufzuheben oder zu ändern soll, so hat der betreffende Kanton die Abreise zu beschleunigen. Jeder Schritt der Kanton in die Richtung der Abreise der Kantonen in Bezug auf die Transitgebühren vorzubehalten.



Art. 29.

Für Subsummittel, Vieh und Kaufmannswaaren, Leinwand und Gewerbsanzuüge jeder Art sind früher Kauf und Verkauf, sowie die Versteigerung von einem Kanton in den andern gestattet.

Verboten sind:

- a. In Bezugung auf Kauf und Verkauf des Vieh- und Fellenhandels.
- b. Polizeiliche Verfügungen der Kantone über die Ausübung von Handel und Gewerbe und über die Einrichtung von Messen.
- c. Verfügungen gegen persönlichen Verkauf.
- d. Vorübergehende sanitärpolizeiliche Massregeln bei Epidemien.

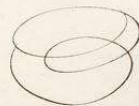
Die in Litt. b und c bezeichneten Verfügungen müssen die Kantonsbürger und die Schweizerbürger anderer Kantone gleich betreffen. Sie sind dem Bundesrathe zur Prüfung vorzulegen und dürfen nicht vollzogen werden, es sei die Genehmigung deshalb ersollt worden.

e. Die von der Regierung bewilligten oder anerkannten Steuern, welche der Bund nicht aufgegeben hat (Art. 24 und 31).

f. Die Steuererhebung auf Wein und andern geistigen Getränken, nach Vorbericht von Art. 32.

Art. 30.

Der Bundesgesetzgebung bleibt vorbehalten, hinsichtlich der Abfassung bestehender Verträge in Bezug auf Auszug von Personen und Waren jeder Art zwischen den Kantonen und im Innern derselben auf dem Wasser und auf dem Lande, die nöthigen Verfügungen zu treffen, soweit die Eidgenossenschaft dabei im Interesse hat.



Art. 31.

Der Bezug der im Art. 29 Litt. c. bezeichneten Gabiſſen
ſteht unter der Auſſicht des Cöndoraths. Die Verſamlung iſt er-
ſetzt und der Bezug derſelben darf ohne Genehmigung der
Cöndorverſammlung, wenn er auf eine beſtimmte Zeit
beſchränkt war, nicht verlängert werden.

Die Kantone dürfen weder Zölle, Abg. noch Erwerb-
gelder unter irgend welcher Form von Ausſteuern. Von
der Cöndorverſammlung können jedoch auf beſtimmte Zeit
ſolche Gabiſſen bewilligt werden, um die Veräußerung of-
fenlicher Wäcker zu unterſtützen, welche im Sinne des
Art. 21 von allgemeinen Steuern für die Wäcker ſind
und ohne ſolche Bewilligung nicht zu Steuern kommen
können.

Art. 32.

Die Kantone ſind beſtigt, wider die auf Art. 29
Litt. c. vorbeſtimmten Veräußerungen, von Wein und ande-
ren geiſtigen Getränken Konſumgabiſſen zu erſetzen,
jedoch unter folgenden Beſchränkungen:

a. Dieſe im Bezug derſelben ſoll der Waerſit im hiesigen
Wein beläſtigt und der Waerſit überſetzt ſo wenig als
möglich geſammet und mit hiesigen andern Gabiſſen be-
legt werden.

b. Werden die für den Waerſit eingekaufte Güter
hiesig wieder aus dem Kanton ausgeführt, ſo ſind die be-
zogenen Konſumgabiſſen ohne weitere Beläſtigung zu
rückzuerſtatten.

c. Die fremdweife ſchweizeriſchen Urtheile ſind mit
hiesigen Gabiſſen zu belagern als dieſigen des Aus-
lands.

d. Konſumgabiſſen auf Wein und andern geiſtigen
Getränken ſchweizeriſchen Urtheile dürfen da, wo ſolche
ſchon beſtehen, nicht erſetzt, und in Kantonen, welche noch

3

kaufen bezuzeln, nicht eingekauft werden.

e. Die Gesetze und Verordnungen der Kantone über den Bezug der Konsumgüter sind der Berücksichtigung vor Vollziehung derselben zur Gültigkeit vorzuziehen, damit die Abfertigung der betreffenden Güter nicht verzögert werden kann.

Art. 33.

Das Postwesen im ganzen Umfang der Eidgenossenschaft wird dem Bund überlassen unter folgenden Vorschriften:

1) Die gegenseitig bestehenden Postverbindungen über den ganzen Raum der Eidgenossenschaft der bestmöglichen Art und nicht verzögert werden.

2) Die Tarife werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach dem gleichmässigen möglichst billigen Grundsatz bestimmt.

3) Die Unverletzbarkeit des Postgeheimnisses ist gewiss zu leisten.

4) Zur Abtragung des Postzuges leistet der Bund Unterstützung, und zwar nach folgenden Grundsätzen:

a. Ein Kanton anzulassen jedoch die Durchschnittsumme des wahren Postzuges, den sie in den drei Jahren 1844, 1845 und 1846, vom Postwesen auf ihrem Kantonalgebiet zu bezugen haben.

Wenn jedoch der wahre Postzug, welcher der Bund vom Postwesen bezahlt, für Bezahlung dieser Unterstützung nicht hinreicht, so wird der Kanton des Mangels nach Verhältniss der festgesetzten Durchschnittsumme in Abzug gebracht.

b. Wenn ein Kanton vom Postwesen unmittelbar nach gar nichts, oder in Folge eines mit einem andern Kanton abgeschlossenen Postvertrages bedient wird, wird er bezugen hat, als die Ausübung des Postzuges

3

- auf seinem Gebiete demjenigen Kantone, der dasel-
 be gestattet hat, anzuverleihen oder anzu-
 kaufen, so sollen solche Verhältnisse bei Aussmittlung der
 Aufschätzungssumme billige Berücksichtigung finden.
- c. Wo die Ausübung des Postregals an Privatam abge-
 treten worden ist, übernimmt der Cür die erforderliche
 Aufschätzung.
- d. Der Cür ist beauftragt und verpflichtet, das zum Post-
 wesungsfähigen Material, soweit daselbe zum Gebrauche
 der Königl. und ansehnlichen ist, gegen eine den eigent-
 lichen Abzurückenden billige Aufschätzung zu über-
 nehmen.
- e. Die eigentümliche Verwaltung ist beauftragt, die ge-
 nauwertig für das Postwesen bestimmten Gebührens-
 tarif gegen Aufschätzung anderer als eigentümlicher oder
 aber nicht mehr zur Benutzung zu übernehmen.

Art. 34.

Die der Verwaltung des Zolls und Postwesens sind die
 Organstellen größtentheils aus den Landesämtern derjeni-
 gen Kantone zu wählen, für welche sie bestimmt sind.

Art. 35.

Der Cür übt die Oberaufsicht über die Verwaltung
 und Erhaltung, an deren Befehl die Landesämter
 die Aufsicht haben.

Die nach Art. 26 und 33 der Kantone für Zoll und
 Posten zu beauftragten Beamten werden von der Cür,
 insbesondere zu beauftragen, wenn diese Verwaltung und
 Erhaltung von den betreffenden Kantonen, Korpora-
 tionen oder Privatam nicht in genügender Zustand im-
 anzustellen werden.

Art. 36.

Der Cür steht die Ausübung aller im Münzregale

beyriffenen Richte zu

Die Münzprägung eines die Kantone fast aus und
gast einzig vom Canton aus.

Es ist Sache der Cantonsgesetzgebung, die Münzfuß fest,
zu setzen, die vorerwähnten Münzsorten zu taxieren und die
ausgehenden Bestimmungen zu treffen, nach welchen die Kantone
verpflichtet sind, von dem von ihnen geprägten Münzen
auszugeben oder anzunehmen zu lassen.

Art. 37.

Der Canton wird auf die Grundlagen des Kantons aus
genüßlichen Konventionen für die ganze Eidgenossenschaft gleich-
es Maß und Gewicht ansetzen.

Art. 38.

Subskription und Verkauf des Briefpostens im Canton
ist der Eidgenossenschaft nach aus schließlich dem Canton zu.

Art. 39.

Die Ausgaben des Cantons werden bestimmt:

- a. aus dem Zinsen der eidgenössischen Kriegsschuld;
- b. aus dem Betrag der schweizerischen Grenzölle;
- c. aus dem Betrag der Postverwaltung;
- d. aus dem Betrag der Postverwaltung;
- e. aus Beiträgen der Kantone, welche jährlich in Folge
von Aufträgen des Cantonsausgabenverordnungsorgans
kommen.

Solche Beiträge sind von den Kantonen nach Verhältniß
der Güterkraft zu leisten, welche alle zweizehig Tausend einen
Kanton zu unterwerfen ist. Ein einzelner solcher Kanton sol-
len nicht die Verantwortung, falls die Vermögens- und fe-
werbensfähige der Kantone zur Grundlage dienen.

Art. 40.

Es soll jederzeit wenigstens ein Beitrag des Kantons

B

Guldbekindingsartikler for Caspationen von Militärbefehlshabern
in jeder Provinz aufgesetzt sein in der Censurkammer liegen.

Art. 41.

Der Censurgesetzgeber aller Provinzen, welche unter
der christlichen Confession stehen, ist das Recht des freien
Wiedererlassens im ganzen Umfang der Provinzprovinz,
nach folgenden Regeln Caspationen:

1) Keiner Provinz, der unter der christlichen Confession
steht, kann ein Wiedererlassung in irgend einem Canton
verweigert werden, wenn er folgende Anwartschaften
besitzt:

a. einen Hauptort oder eine andere gleichbedeutende
Anwartschaft;

b. ein zuvoriges stilliges Aufsehen;

c. eine Caspation, die er in bürgerlichen Rechten und
Ansehen;

und wenn er auf Verlangen sich beweisen kann, daß
er eines Privilegiums, eines oder mehrerer für eine
Familie zu verfahren im Canton sei.

Nationalistische Provinzen müssen ebenfalls die Caspation
beweisen, daß sie wenigstens fünf Häuser lang im
Canton eines Cantonsbürgerschafts besitzend.

2) Der Wiedererlassung darf von Seiten des in
Canton gesetzlich stehenden Cantons mit keiner Censur und
mit keiner anderen Caspation des Cantons besitzend
Censur belegt werden.

3) Ein Censurgesetz wird ein Recht des Wiedererlassens
bewilligen, so wie das Maximum der zu Caspation der
selben von dem Canton zu unterstehenden Caspation
besitzend.

4) Der Wiedererlassung genießt alle Rechte des Bürger
des Cantons, in welcher er sich wiedererlassen hat, mit



Ausweisung des Wirtenstands in Gemeinden angelaufen.
Aus dem des Militärs in Gemeinden und Korporations-
gemeinden. Insbesondere wird ihm seine Gewerbeausübung
und des Recht der Erwerbung und Veräußerung von Ein-
gütern zugestanden, nach Maßgabe der Gesetzgebung und der
Verordnungen des Kantons, die in allen diesen Beziehungen
den Hindernisse beseitigen und eigenen Bürger gleich stellen
sollen.

5) Den Hindernisse beseitigen und Kantone können von
Seite der Gemeinden keine größeren Leistungen an Gemein-
schaften eingefordert werden, als den Hindernisse beseitigen des
eigenen Kantons.

6) Der Hindernisse beseitigen kann aus dem Kanton, in wel-
chem er hindernisse beseitigen ist, weggezogen werden:

a. eines gewerbliehen Wirtens;

b. eines Verfertigung der Polizeibehörden, wenn er in
bürgerlichen Rechte und Pflichten verlor, oder sich
in einem unethischen Wandel befand, oder eines
Verweigerung zur Last fällt, oder wenn oft wegen
Übertretung politischer Vorschriften bestraft worden
würde.

Art. 42.

Der Kantonsbürger ist Dienstverpflichteter. Als solcher
kann er in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten
in politischer Rechte in jedem Kanton ausüben, in welchem
er hindernisse beseitigen ist. Er kann aber diese Rechte nicht mit
den natürlichen Einbürgerungen ausüben, wenn die Bürger
des Kantons und die Einbürgerung auf die kantonalen Ange-
legenheiten nach einem längeren Aufenthalt, dessen
Dauer eines die Kantonalgesetzgebung bestimmt wird, nicht
nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden darf.

Hindernisse beseitigen in muss als einem Kanton politischer Rechte
ausüben.

Art. 43.

Kein Kanton darf einen Bürger des Bürgerrechts werblich werben.

Ausländer darf kein Kanton des Bürgerrechts werben, wenn sie nicht aus dem freies Kantonsverband ausgeschieden sind.

Art. 44.

Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist den unabh. Kantonen christlicher Konfession im ganzen Umfang des Bürgerrechts gewährleistet.

Den Kantonen, sowie dem Bünd., bleibt vorbehalten die Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen im ganzen Umfang zu treffen.

Art. 45.

Die Pressefreiheit ist gewährleistet.

Über die Mißbräuf derselben trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen, welche jedoch der Gesamtheit des Bundesrats bedürfen.

Dem Bünd. steht das Recht zu, Mißbräufungen gegen die Mißbräuf der Presse zu verbot, was gegen die freie Presse und ihre Freiheit garantiert ist.

Art. 46.

Die Bürger haben das Recht, Waffen zu bilden, sofern solches weder in ihrem Zweck noch in der Art bestimmt Mittel zur Wehrung der Staatsgefährlichkeit sind. Über die Mißbräuf dieses Rechts trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen.

Art. 47.

Das Petitionsrecht ist gewährleistet.

Art. 48.

Vermutliche Kantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger

3

christlicher Konfession in der Gesetzgebung sowohl als in
gerichtlichen Verfahren der Bürger des aigauischen Kantons
gleich zu gelten.

Art. 49.

Die unsterblichem Zivilrechtlichen, die in einem Kanton ge-
föhrt sind, sollen in der ganzen Schweiz wohlgeachtet werden
können.

Art. 50.

Der unsterblichem Schweizerische Zivilrecht, welcher in
demselben Wesenheit ist, muss für gesammte Ausländer vor
dem Richter seines Wohnortes gesiehet, und es darf nicht für
sonstigen unsterblichem auf das Vermögen eines solchen unsterblichem
Kanton, in welchem er wohnt, kein Anrecht geltend werden.

Art. 51.

Alle Abzugesurtheile im Inneren der Schweiz, so wie die
Zugurtheile von Bürgern des einen Kantons gegen Bürger
anderer Kantone sind abgefasst.

Art. 52.

Gegen die unsterblichem Macten besteht Freizügigkeit,
unter Vorbehalt des Zugewandten.

Art. 53.

Kein einer darf seinem wassersüchtigen Gerichten
entgehen, und es dürfen daher keine Anwesenheitsurtheile
gesiehet werden.

Art. 54.

Wegen politischer Vergehen darf kein Verurtheilung
geföhrt werden.

Art. 55.

Die Einbürgerung wird über die Auslieferung der Aug-
klayture von einem Kanton an den andern Bestimmungen
traffen; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen

und für Preussen gesamt nicht verbindlich gemacht werden.

Art. 56.

Die Anweisung von Bürgerrechten für Heimathlose und die Maßregeln zur Verbesserung der Aufnahme neuer Heimathloser sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

Art. 57.

Dem Bundesrath des Reichs zu, welchem die inneren Angelegenheiten des Reichs zugetheilt sind, ist die Aufsicht über die Angelegenheiten der Provinzen zu übertragen.

Art. 58.

Der Bundesrath des Reichs und die ihm anvertrauten Gesandtschaften dürfen nicht in keinem Theile des Reichs Auftritte machen.

Art. 59.

Die Bundesbeschlüsse sind bindend, bei unwillkürlichen Fällen gesondert zu erklären.

Zweiter Abschnitt

Bundesbehörden

I. Bundesversammlung

Art. 60.

Die oberste Gewalt des Bundes wird durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen

besteht

Einigen besteht:

A. Aus dem Nationalrath,

B. Aus dem Kantonsrath.

A. Nationalrath.

Art. 61.

Der Nationalrath wird aus Abgeordneten des gesammten zurifsen Volkes gebildet. Auf je 20,000 Seelen der Gesammthawölkerung wird ein Mitglied erwählt. Für ein Kreiszahl über 10,000 Seelen wird für 20,000 Seelen berechnet.

In den Kanton und bei getheilten Kantonen jeder der beiden Landtheile hat wenigstens ein Mitglied zu erwählen.

Art. 62.

Die Wahlen für den Nationalrath sind direkt. Die Wähler in eidgenössischen Wahlkreisen hat, welche jedoch nicht aus Seelen vertheiltener Kantone gebildet werden können.

Art. 63.

Wahlberechtigt ist jeder Schweizer, der das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat und im Ubrigen nach der Gesetzgebung des Kantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht von Aktivbürgerrecht ausgeschlossen ist.

Art. 64.

Wahlfähig als Mitglied des Nationalraths ist jeder Wahlberechtigter Schweizerbürger wahllosen Standes.

Naturalisirte Schweizerbürger müssen seit wenigstens fünf Jahren das unverwehrene Bürgerrecht besitzen, um wahlfähig zu sein.

Art. 65.

Der Nationalrath wird aus den Vätern von drei Tausend



gewählt, und so sind ja weil der Gesammterwerbung soll.

Art. 66.

Die Mitglieder des Nationalraths, des Bundesraths und von letzterem gewählte Cantone können nicht zugleich Mitglieder des Nationalraths sein.

Art. 67.

Der Nationalrath wählt aus seiner Mitte für jede ordentliche oder außerordentliche Sitzung einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten.

Jede jährige Sitzung, welche in einem ordentlichen Sitzungsjahre in Nulla eines Präsidiums bekleidet, ist für ein außerordentliches Sitzungsjahr als Präsident, und als Vizepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht wieder zwei unmittelbar aufeinander folgenden ordentlichen Sitzungen Vizepräsident sein.

Der Präsident hat bei gleich gutwilligen Stimmen zu entscheiden; bei Unstimmigkeit aus, ein jedes Mitglied.

Art. 68.

Die Mitglieder des Nationalraths werden aus dem Bundeskanton entsandt.

B. Ständerath.

Art. 69.

Der Ständerath besteht aus 14 Abgeordneten der Kantone. Jeder Kanton wählt zwei Abgeordnete; in dem gutwilligen Kantonen jeder Cantonsheil einen Abgeordneten.

Art. 70.

Die Mitglieder des Nationalraths und des Bundesraths können nicht zugleich Mitglieder des Ständeraths sein.

B

Art. 71.

Der Nationalrath erwählt für jede ordentliche oder außerordentliche Sitzung aus seiner Mitte einen Präsidenten und Vizepräsidenten.

Aus dem Gesammt derjenigen Kantone, aus welchen für eine ordentliche Sitzung der Präsidium erwählt worden ist, kann für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder der Präsident noch der Vizepräsident erwählt werden.

Gesandte aus gleichen Kantonen können nicht wäsendenzeit unmittelbar aufeinander folgenden ordentlichen Sitzungen in der Stelle eines Vizepräsidenten eintreten.

Der Präsident hat bei gleich gelagerten Umständen zu unterzeichnen; bei Wastlen übt er das Vizepräsident aus wie jedes Mitglied.

Art. 72.

Die Mitglieder des Nationalrathes werden durch den Kantonern entsandt.

C. Befugnisse der Bundesversammlung.

Art. 73.

Der Nationalrath und der Kantonsrath haben alle Angelegenheiten zu bescheiden, welche nach Zufall der gegenwärtigen Verfassung in die Kompetenz des Bundes gehören, und nicht einer oder mehrer Cantonsbesörden zugewiesen sind.

Art. 74.

Die Angelegenheiten, welche in dem Gesandtenrathe bei den Rathsällen, sind insbesondere folgende:

1) Gesetze und Cassationen zur Ausführung des Bundesverfassung, wie namentlich Gesetze über Bildung der Kantone, über Wastlen, über Organisation und

B

Gesellschaftsgang der Ländersbesorger und Bildung
der Bischofsgerichte.

2) Beförderung und Fortbildung der Mitglieder der
Ländersbesorger und der Länderskanzlei; Fortsetzung blai-
bender Einrichtungen und Bestimmung ihrer Gesetze.

3) Wahl des Ländersraths, des Ländersgerichts, des
Kanzlers, des Generals, des Hofes des Stabs und ande-
rer bisserer Bezugsstellen.

4) Anerkennung auswärtiger Staaten und Regie-
rungen.

5) Bündnisse und Verträge mit dem Ausland, so-
wie die Gültigkeit von Verträgen der Kantone im-
ter sich oder mit dem Ausland. Welche Verträge der
Kantone galten jedoch nur dann an die Länders-
versammlung, wenn vom Ländersrath oder einem
anderen Kanton einstimmig beschlossen wird.

6) Maßregeln für die äußere Bischofszeit, für Be-
festigung der Unabhängigkeit und Neutralität der
Bischofs, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.

7) Garantie der Verfassungen und des Gebietes der
Kantone; Intervention in Folge der Garantie; Maß-
regeln für die innere Bischofszeit, für Herstellung von
Ruhe und Ordnung; Anarchie und Unordnung.

8) Maßregeln, welche die Herstellung der Ländersver-
fassung, die Garantie der Kantonalverfassungen, die
Erfüllung der ländersmündigen Verpflichtungen und den
Besitz der durch den Ländersrath beschlossenen Rechte zum
Zwecke haben.

9) Gesetzliche Bestimmungen über Organisation des
ländersmündigen Militärs, über Unterricht der
Bürger und über Leistungen der Kantone; Versam-
lungen über das Ländersrecht.

B

10) Inhabung der ungarischen Manufaktur- und
Geldscheide; gesetzliche Bestimmungen über Verwaltung
und Verrentung der ungarischen Kreiskassen; Festlegung
direkter Beiträge der Kantone; Anleihen; Verrentung und
Reisungen.

11) Gesetzliche Bestimmungen über Zölle, Steuern, Münzen,
Maß und Gewicht, Fabrikation und Verkauf von Eisen-
waren, Waffen und Munition.

12) Festlegung öffentlicher Anstalten und Werke und ihrer
betreffenden Organisationen.

13) Gesetzliche Verfügungen über Mißbräuchungsverfä-
hrnisse; über heimathlose, Fremdenzuzug und Paritätensachen.

14) Ein Oberverordnungs über die ungarische Verwaltung
und Reisezflüge.

15) Gesetzentwurf von Kantonen des Cürgen über Ver-
fügungen des Cürgenraths.

16) Streitigkeiten unter den Kantonen, welche Staats-
rechtliche Natur sind.

17) Kompetenzstreitigkeiten insbesondere darüber:

a. ob ein Gegenstand in dem Bereich des Cürgen oder der
Kantonverwaltung verbleibe; oder

b. ob eine Frage in die Kompetenz des Cürgenraths oder
des Cürgenraths falle.

18) Revision der Cürgenverfassung.

Art. 75.

Ein hohes Rathsversammlung soll jährlich ein Mal
zur öffentlichen Sitzung an einem Ort des Kanton-
sitzortes zu dem Zweck.

Ein oder mehrere außerordentliche Versammlungen sollen
des Cürgenraths, oder wenn ein Verstoß der Mitglieder
des Nationalraths oder eines Kantons verlangt.



Art. 76.

Was gültig verfaßt zu werden, ist die Anwesenheit der absoluten Majorität der Mitglieder des beschaffenen Rathes erforderlich.

Art. 77.

Im Nationalrath und im Kantonsrath entscheidet die Majorität der Stimmen.

Art. 78.

Für Bündnisse und Bündnisse ist die Zustimmung beider Rätze erforderlich.

Art. 79.

Die Mitglieder beider Rätze stimmen ohne Beschränkung.

Art. 80.

Der Rath verfaßt abgesehen. Ein Wesen (Art. 74, N. 3), bei Ausübung des Cognationsrechts und für die Befreiung von Konjurationspflichten nur einig für jedes beide Rätze unter der Leitung des Präsidenten des Nationalrathes zu einer gemeinsamen Versammlung, so daß die absolute Majorität der Stimmen der Mitglieder beider Rätze entscheidet.

Art. 81.

Jeder der beiden Rätze und jeder Mitglied des Rathes hat das Vorschlagsrecht (die Initiative) zu.

Das gleiche Recht können die Kantone ihres Landes ausüben.

Art. 82.

Die Beschlüsse der beiden Rätze sind in der Regel öffentlich.

II. Bundesrath.

Art. 83.

Der oberste weltliche und laicliche Kaiser der heiligen Römischen Reichs ist ein Bundesrath, welcher aus sieben Mitgliedern besteht.

Art. 84.

Die Mitglieder des Bundesraths werden von der Bundesversammlung aus allen Reichsregimenten, welche als Mitglieder des Nationalraths wählbar sind, auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Es darf jedoch nicht mehr als ein Mitglied aus einem weltlichen Kanton gewählt werden.

Das gleiche Gesammterwählrecht des Nationalraths findet auf eine Gesammterwählung des Bundesraths statt.

Die in der Zwischenzeit längst gedauerten Wahlen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtszeit erneuert.

Art. 85.

Die Mitglieder des Bundesraths dürfen keine andere Aemter, sei es im Dienste der heiligen Römischen Reichs, sei es in einem Kanton, bekleiden, noch irgend einem andern Aemte eine Gewerbe treiben.

Art. 86.

Der Vorsitz im Bundesrath führt der Bundespräsident, welcher, so wie auch der Vizepräsident, von den erwählten Mitgliedern des Bundesraths für die Dauer eines Jahres gewählt wird.

Der abtretende Präsident ist für die nächstfolgende Jahr wieder als Präsident, noch als Vizepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht zweimal unmittelbar, bzw. auf einander folgenden Jahren die Stelle eines Vizepräsidenten

die Aufsicht über die Einbürgerung, sowie die Verwaltung
der schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwis-
schen Kantonen.

6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht durch
die Verfassung der Eidgenossenschaft und dem Ein-
bürgerungsgesetz oder durch die Gesetzgebung eines anderen
kantonalen Landes überlassen worden.

Er ernennt Kommissarien für Verhandlungen im Innern
oder nach Außen.

7) Er prüft die Verträge der Kantone unter sich oder
mit dem Ausland und genehmigt dieselben, sofern sie
zulässig sind. (Art. 71, N. 5.)

8) Er wohnt die Intarpen der Eidgenossenschaft nach Auf-
trag, wie namentlich ihre weltlichen Egidien,
und besorgt die ausserwärtigen Angelegenheiten überaus.

9) Er wohnt für die äusseren Verträge, für die Einbürgerung
die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.

10) Er sorgt für die innere Verfassung der Eidgenossenschaft,
für Handhabung von Recht und Ordnung.

11) In Fällen von Dringlichkeit ist der Eidgenossenschaft be-
fugt, sofern die Räte nicht versammelt sind, die ausser-
ordentlichen Anordnungen auszubringen und über solche zu ver-
fugen, unter Vorbehalt ihrer züglichen Rückberufung der
Eidgenossenschaft, sofern die ausserordentlichen Anordnungen
zweierlei oder Mehrer übersteigen oder das Aufgebot länger
als drei Wochen dauert.

12) Er besorgt die eidgenössische Militärverwaltung und al-
le Zweige der Verwaltung, welche dem Eidgenossen an-
gehören.

13) Er prüft die Gesetze und Verordnungen der Kantone,
welche seiner Genehmigung bedürfen; er überträgt die
jenigen Zweige der Kantonalverwaltung, welche durch

D

des Bundesrats.

Der Kanzler wird von der Bundesversammlung auf ein Jahr von drei Juraen jährlich gleichzeitig mit dem Bundesrat gewählt.

Die Bundeskanzlei steht unter der besonderen Aufsicht des Bundesrats.

Die näheren Organisation des Bundeskanzlei bleibt der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

IV Bundesgericht

Art. 94.

Zur Ausübung der Rechtszflage, so weit dieselbe in dem Bereich des Bundes fällt, wird ein Bundesgericht eingesetzt.

Für die Entscheidung von Straffällen werden Befugnisse (Jury) gubilit.

Art. 95.

Das Bundesgericht besteht aus acht Mitgliedern und sechs Sachverständigen, deren Anzahl durch die Bundesgesetzgebung bestimmt wird.

Art. 96.

Die Mitglieder des Bundesgerichts und die Sachverständigen werden von der Bundesversammlung gewählt. Ihre Amtszeit ist drei Jura. Nach der Gesamterneuerung des Nationalrats findet eine Gesamterneuerung des Bundesgerichts statt.

Sie in der Zwischenzeit läng hervordenen Stellen was in der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtszeit wieder besetzt.



Art. 97.

Im das Cuiusgenossenschaft kann jeder Dispositionsbefugter
ernannt werden, der in dem Nationalratte wählbar ist.

Die Mitglieder des Cuiusraths sind von ihm gewähl-
ten Censuren können nicht zugleich Mitglieder des Cuius-
genossenschaft sein.

Art. 98.

Der Präsident und der Vicepräsident des Cuiusge-
nossenschaft sind von der Cuiusversammlung aus dem
Mitgliedern des Rathes zu wählen auf eine Jahr gewähl.

Art. 99.

Die Mitglieder des Cuiusgenossenschaft sind von dem Cui-
usgenossenschaft durch die Censuren zu wählen.

Art. 100.

Der Cuiusgenossenschaft hat ein Secretariat.

Art. 101.

Der Cuiusgenossenschaft ist als Civilgericht:

1) über Streitigkeiten, welche nicht werthvoller Natur
sind:

a. zwischen Cantonen unter sich;

b. zwischen dem Cuius und einem Canton;

2) über Streitigkeiten zwischen dem Cuius einerseits und
Korporationen oder Privatpersonen anderseits, wenn diese Kor-
porationen oder Privatpersonen Klagen sind und der Streit-
gegenstand von einem beträchtlichen Theil des Cuiusge-
nossenschaft zu bestimmenen Werthe ist;

3) über Streitigkeiten im Bezug auf Heimathlosigkeit.

In allen unter A. 1, Litt. a und b. bezeichneten Fällen
gesehen die Überweisung an das Cuiusgenossenschaft durch den
Cuiusrath. Wenn dieser die Frage, ob ein Gegenstand
von dem Cuiusgenossenschaft gesehen, wann immer beantwortet,
se entscheidet für oder gegen die Cuiusversammlung.

Art. 102.

Das Liniensgerüst ist vorzuziessen, wenn die Liniens-
leitung nicht zur Fülle zu überzuführen, wenn das Füllen von
beiden Parteien angestrichen wird und der Streitigkeiten,
sonst von einem beträchtlichen, durch die Liniensgesetzgebung
festzusetzenden Maß ist. Dabei sollen jedoch die Kosten
ausgeschlossen auf Rechnung der Parteien.

Art. 103.

In Mitwirkung des Liniensgerüsts bei Liniensleitung
von Wasserfällen wird durch die Liniensgesetzgebung bestimmt,
welche über die Benutzung in Anbetracht der, über die
Liniens des Wassers und Kapitationsgerüste des Wassers fest-
zusetzen wird.

Art. 104.

Das Appellationsgerüst, mit Zuziehung von Geschworenen,
welche über die Befreiung abzusprechen, besteht:

a. in Fällen, wo von einer Liniensbesitzerin die von ihr an-
zunehmende Einwirkung zur strafrechtlichen Liniensleitung über-
wiesen worden;

b. über Fälle von Hausverweh gegen die Liniensbesitzerin
sowie von Ausreiß und Gewaltthat gegen die Liniens-
besitzerin;

c. über Verbrechen und Vergehen gegen das Volkswort,
sowie;

d. über gelidigte Verbrechen und Vergehen, die durch
die Liniensbesitzerin begangen sind, diese jedoch
nicht durch die Liniensbesitzerin begangen worden sind.

Die Liniensbesitzerin hat das Recht zu, fünf-
zehn jährige Verbrechen und Vergehen Anwesenheit der
Liniensbesitzerin auszusprechen.



Art. 105.

Das Liniensgarbist ist still im Fortwachen über das
Lohnung der Liniensgarbist die Liniensgarbist
Kraft, wenn für die bezügliche Klagen von der Liniens
garbist an der selben Garbist werden.

Art. 106.

Es bleibt das Liniensgarbist überlassen, außer die
in den Art. 101, 104 und 105 bezüglichen Gegenständen auf
nach anderer Stelle in die Konvention der Liniensgarbist zu
legen.

Art. 107.

Die Liniensgarbist wird der Kaiser bestimmen:
a. über die Aufstellung eines Staatsanwaltes;
b. über die Verfassung und Vergütung, welche in die Kon-
vention der Liniensgarbist fallen und über die Strafgesetze,
welche erlassen werden sind;
c. über das Verfassung, welches mündlich und öffentlich sein
soll;
d. über die Garbistkosten.

V. Verschiedene Bestimmungen

Art. 108.

Alles, was sich auf den Sitz der Liniensgarbist bezieht,
ist Gegenstand der Liniensgarbist.

Art. 109.

Die drei Hauptkassen der Kaiser, die russische, spani-
sche und italienische, sind Nationalkassen der Liniens.

Art. 110.

Die Liniensgarbist sind für sich

Gesäfts-führung verantwortlich. Die Landesgesetz wird
diese Verantwortlichkeit näher bestimmen.

Dritter Abschnitt.

Revision der Bundesverfassung.

Art. 111.

Die Bundesverfassung kann jederzeit revidirt werden.

Art. 112.

Die Revision geschieht auf dem Wege der Landesgesetzgebung.

Art. 113.

Wenn eine Abtheilung der Landesversammlung die Revi-
sion beschließt und die andere nicht zustimmt, oder wenn fünfzig
jahr Stimmbarrechtigte Bismarcker Bürger die Revision der Bundes-
verfassung verlangen, so muß ein neuer Wahl im nächsten Jahre
die Frage, ob eine Revision statt finden soll oder nicht, dem
zweifelnden Volke zur Abstimmung vorgelagt werden.

Es sei in einem dieser Fälle die Majorität der Stimmenden
Bismarcker Bürger über die Frage sich ausgesagt ausgesagt, so sind
beide Rätze nun zu wählen, um die Revision zu hand zu
empfehlen.

Art. 114.

Die revidirte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie
von der Majorität der Stimmenden Bismarcker Bürger und von
der Majorität der Kantone angenommen worden ist.

Ubergangsbestimmungen.

Artikel 1.

Über die Annahme gegenwärtiger Landesverfassung haben sich die Kantone auf die Basis der Kantonalverfassungen vereinigt, über die Verfassung für über keine Bestimmung ausfällt - auf die Basis der obigen Gesetze des betrreffenden Kantons festzusetzen. Weisung auszuführen.

Art. 2.

Die Angelegenheiten der Abstimmung sind dem Kantone zu haben, die die Angelegenheiten mitzutheilen, welche ausfällt, ob die neue Landesverfassung angenommen sei.

Art. 3.

Wenn die Angelegenheiten der Landesverfassung als angenommen erklärt sind, so trifft sie unmittelbar zur Ausführung der, jedoch die angeordneten Bestimmungen.

Die Verwaltung des eidgenössischen Königsrats und der Verwaltung des eidgenössischen Königsrats sind auf die Landesverfassung über.

Art. 4.

Die im folgenden sind in Litt. c des Art. 6 der gegenwärtigen Landesverfassung ausfallenden Bestimmungen sind auf die Basis der Kraft bestehenden Verfassungen der Kantone keine Anwendung.

Diejenigen Verfassungen der Kantonalverfassungen, welche mit den übrigen Bestimmungen der Landesverfassung im Widerspruch stehen, sind vom Tage an, mit welcher die, so zuletzt als angenommen erklärt wird, ausgehen.

Art. 5.

Der Lauf der schweizerischen Grenzgebirge bleibt so lange fort, bis die Karte der neu schweizerischen Grenz zölla ihre Vollziehung finden.

Art. 6.

Die Laufpläne der Negation und die Konventionen über die zu ihrer Ausführung oder Abänderung in Kraft, so weit sie nicht dieser Convention widersprechen.

Die gegenwärtigen einseitigen Konventionen ihrer Gültigkeit, deren Inhalt als Gegenstand der Conventionen gütlich erklärt werden, und zwar von der Zeit an, in welcher sie letzten ihre Gültigkeit verlieren.

Art. 7.

Die in der Bundesversammlung und der Bundesrat konstituiert sein werden, tritt der Bundesvertrag vom 7. August 1815 außer Kraft.

Beschluss

Beschluss

betreffend die feierliche Erklärung über die Annahme
der neuen Bundesverfassung der Schweizerischen
Eidgenossenschaft.

Die eidgenössische Tagsatzung,

Auf Veranlassung des Kantonsrats und der
übrigen Aemter, welche im Auftrag der Abstimmung
über die Bundesverfassung der Schweizerischen
Eidgenossenschaft, wie dieselbe aus der Tagsatzung
vom 15. Mai bis und mit
dem 27. September 1848 hervorging, - aus sämt-
lichen Kantonen an dem Vortag eingeladen wor-
den sind; -

Erwägend, dass zufolge dieser einflussreichen Mit-
theilungen sich sämtliche Kantone über die An-
nahme der Verfassung der erwähnten Bundes-
verfassung in der Weise ausgesprochen haben,

Ⓞ

wie solches im Art. 1 der ihr angehängten
Übergangsbestimmungen ausdrücklich vorge-
schrieben ersieht;

freiwägend, daß die der vorgerücktenen gemeinen
Früfung sämmtlicher Verbalprozesse über die in allen
Kantonen stattgesabte Abstimmung hervorgeht, so
sei die in Frage liegende Landesverfassung der
schweizerischen Eidgenossenschaft von fünfzehn ganzen
Kantonen und einem halben Kanton, welche zusam-
men eine Bevölkerung von 1,897,887 Seelen, also
die überwiegende Majorität der schweizerischen Be-
völkerung und der Kantone repräsentieren, ange-
nommen worden;

In Vollziehung des Art. 2 der erwähnten Über-
gangsbestimmungen, kraft welcher die Tagsetzung
obliegt, nach Fröfung der Abstimmungsgebäude
zu entscheiden, ob die neue Landesverfassung ange-
nommen sei, oder nicht, -

Beschließt:

Art. 1. Die Landesverfassung der schweizerischen
Eidgenossenschaft, wie solche aus den Beratungen der
Tagsetzung vom 15. Mai bis und mit dem 27. Oetober
monat 1848 hervorgegangen und nach Maßgabe des
Art. 1 der ihr angehängten Übergangsbestimmungen
in sämmtlichen Kantonen der Abstimmung unterstellt



worüber ist, — ist damit förmlich angenommen und
wird als Grundgesetz der Schweizerischen Eidgenossenschaft
bekannt erklärt.

Art. 2. Gegenseitige verbindliche Erklärung soll
in Verbindung mit der angenommenen Landes-
verfassung in schriftlicher Fassung in der eidgenössischen
Anweisung niedergelegt, überdies in einer förmlichen
Anzahl von Exemplaren gedruckt und durch
den Vorort sämtlicher Kantonsregierungen zu all-
gemeiner Bekanntmachung unverzüglich mitgeteilt
werden.

Art. 3. Ein Vertrag wird nur zu Ausführung
der Bundesverfassung erforderlichen Bestimmungen
geschlossen und nur aus Anlass.

Also gegeben in Bern, den zwölften Herbstmonat
des Jahres achtzehnhundert vierzig und acht.

Die eidgenössische Tagsatzung;

Alles daselbst,

Der Präsident der Regierungsräte des Kantons Uri,
als eidgenössischer Vorort,
Präsident der Tagsatzung:

M. Müller.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft.
F. Schöp.

Constitution fédérale

pour la

Confédération Suisse,

Au Nom de Dieu
Tout Puissant!

La Confédération Suisse,

Voulant affermir l'alliance des Confédérés, maintenir et accroître l'unité, la force et l'honneur de la Nation suisse, a adopté la Constitution fédérale suivante :

CONSTITUTION FÉDÉRALE

de la

Confédération Suisse.

Chapitre premier.

Dispositions générales.

Article 1.

Les peuples des vingt-deux Cantons souverains de la Suisse, unis par la présente alliance, savoir: Zurich, Berne, Lucerne, Uri, Schwyz, Unterwalden (le Haut et le Bas), Glaris, Zug, Fribourg, Soleure, Bâle (ville et campagne),

Schaffhouse, Appenzell (les deux Rhodes), St. Gall,
Grisons, Argovie, Thurgovie, Tessin, Vaud, Valais,
Neuchâtel et Genève, forment dans leur ensemble la Confé-
dération Suisse.

Art. 2.

La Confédération a pour but d'assurer l'indépendance de la pa-
trie contre l'étranger, de maintenir la tranquillité et l'ordre à l'intérieur,
de protéger la liberté et les droits des Confédérés et d'accroître leur pros-
périté commune.

Art. 3.

Les Cantons sont souverains en tant que leur souveraineté n'est
pas limitée par la Constitution fédérale, et, comme tels, ils exercent
tous les droits qui ne sont pas délégués au pouvoir fédéral.

Art. 4.

Tous les Suisses sont égaux devant la loi. Il n'y a en Suisse
ni sujets, ni privilèges de lieux, de naissance, de personnes ou
de familles.

Art. 5.

La Confédération garantit aux Cantons leur territoire, leur
souveraineté dans les limites fixées par l'article 3, leurs constitutions,
la liberté et les droits du peuple, les droits constitutionnels des citoyens,
ainsi que les droits et les attributions que le Peuple a conférés aux
autorités.

Art. 6.

A cet effet, les Cantons sont tenus de demander à la Confé-
dération la garantie de leurs constitutions.

Cette garantie est accordée, pourvu :

a. Que ces constitutions ne renferment rien de contraire aux dis-
positions de la Constitution fédérale ;

b. Qu'elles assurent l'exercice des droits politiques d'après des for-
mes républicaines, - représentatives ou démocratiques ;

c. Qu'elles aient été acceptées par le peuple et qu'elles puissent

B

être révisées, lorsque la majorité absolue des citoyens le demande.

Art. 7.

Toute alliance particulière et tout traité d'une nature politique entre Cantons sont interdits.

En revanche, les Cantons ont le droit de conclure entre eux des conventions sur des objets de législation, d'administration ou de justice; toutefois, ils doivent les porter à la connaissance de l'autorité fédérale, laquelle, si ces conventions renferment quelque chose de contraire à la considération ou aux droits des autres Cantons, est autorisée à en empêcher l'exécution. Dans le cas contraire, les Cantons contractants sont autorisés à réclamer pour l'exécution la coopération des autorités fédérales.

Art. 8.

La Confédération a seule le droit de déclarer la guerre et de conclure la paix, ainsi que de faire avec les États étrangers des alliances et des traités, notamment des traités de séage (douanes) et de commerce.

Art. 9.

Toutefois, les Cantons conservent le droit de conclure avec les États étrangers des traités sur des objets concernant l'économie publique, les rapports de voisinage et la police; néanmoins ces traités ne doivent rien contenir de contraire à la considération ou aux droits d'autres Cantons.

Art. 10.

Les rapports officiels entre les Cantons et les Gouvernements étrangers ou leurs représentants ont lieu par l'intermédiaire du Conseil fédéral.

Toutefois les Cantons peuvent correspondre directement avec les autorités inférieures et les employés d'un État étranger, lorsqu'il s'agit des objets mentionnés à l'article précédent.

Art. 11.

Il ne peut être conclu de capitulations militaires.

être révisés, lorsque la majorité absolue des citoyens le demande.

Art. 7.

Toute alliance particulière et tout traité d'une nature politique entre Cantons sont interdits.

En revanche, les Cantons ont le droit de conclure entre eux des conventions sur des objets de législation, d'administration ou de justice; toutefois, ils doivent les porter à la connaissance de l'autorité fédérale, laquelle, si ces conventions renferment quelque chose de contraire à la Confédération ou aux droits des autres Cantons, est autorisée à en empêcher l'exécution. Dans le cas contraire, les Cantons contractants sont autorisés à réclamer pour l'exécution la coopération des autorités fédérales.

Art. 8.

La Confédération a seule le droit de déclarer la guerre et de conclure la paix, ainsi que de faire avec les États étrangers des alliances et des traités, notamment des traités de péage (douanes) et de commerce.

Art. 9.

Toutefois, les Cantons conservent le droit de conclure avec les États étrangers des traités sur des objets concernant l'économie publique, les rapports de voisinage et la police; néanmoins ces traités ne doivent rien contenir de contraire à la Confédération ou aux droits d'autres Cantons.

Art. 10.

Les rapports officiels entre les Cantons et les Gouvernements étrangers ou leurs représentants ont lieu par l'intermédiaire du Conseil fédéral.

Toutefois les Cantons peuvent correspondre directement avec les autorités inférieures et les employés d'un État étranger, lorsqu'il s'agit des objets mentionnés à l'article précédent.

Art. 11.

Il ne peut être conclu de capitulations militaires.

Art. 12.

Les membres des autorités fédérales, les fonctionnaires civils et militaires de la Confédération, et les représentants ou les commissaires fédéraux ne peuvent recevoir d'un Gouvernement étranger ni pensions ou traitemens, ni titres, présents ou décorations.

S'ils sont déjà en possession de pensions, de titres ou de décorations, ils devront renoncer à jouir de leurs pensions et à porter leurs titres et leurs décorations pendant la durée de leurs fonctions. Toutefois les employés inférieurs peuvent être autorisés par le Conseil fédéral à recevoir leurs pensions.

Art. 13.

La Confédération n'a pas le droit d'entretenir des troupes permanentes.

Aucun Canton ou demi-Canton ne peut avoir plus de 300 hommes de troupes permanentes, sans l'autorisation du pouvoir fédéral; la gendarmerie n'est pas comprise dans ce nombre.

Art. 14.

Des différends venant à s'élever entre Cantons, les Etats s'abstiendront de toute voie de fait et de tout armement. Ils se soumettent à la décision qui sera prise sur ces différends conformément aux prescriptions fédérales.

Art. 15.

Dans le cas d'un danger subit provenant du dehors, le Gouvernement du Canton menacé doit requérir le secours des Etats confédérés et en aviser immédiatement l'autorité fédérale, le tout sans préjudice des dispositions qu'elle pourra prendre. Les Cantons requis sont tenus de prêter secours. Les frais sont supportés par la Confédération.

Art. 16.

En cas de troubles à l'intérieur, ou lorsque le danger provient d'un autre Canton, le Gouvernement du Canton menacé doit en aviser immédiatement le Conseil fédéral, afin qu'il puisse prendre

3

les mesures nécessaires dans les limites de sa compétence (Art. 90, N. 3, 10 et 11) ou convoquer l'Assemblée fédérale. Lorsqu'il y a un danger, le Gouvernement est autorisé, en avertissant immédiatement le Conseil fédéral, à requérir le secours d'autres États confédérés, qui sont tenus de le prêter.

Lorsque le Gouvernement est hors d'état d'invoquer le secours, l'autorité fédérale compétente peut intervenir sans réquisition; elle est tenue d'intervenir lorsque les troubles compromettent la sûreté de la Suisse.

En cas d'intervention, les autorités fédérales veillent à l'observation des dispositions prescrites à l'article 5.

Les frais sont supportés par le Canton qui a requis l'assistance ou occasionné l'intervention, à moins que l'Assemblée fédérale n'en décide autrement, en considération de circonstances particulières.

Art. 17.

Dans les cas mentionnés aux deux articles précédents, chaque Canton est tenu d'accorder libre passage aux troupes. Celles-ci sont immédiatement placées sous le commandement fédéral.

Art. 18.

Tout Suisse est tenu au service militaire.

Art. 19.

L'armée fédérale, formée des contingents des Cantons, se compose:
a. de l'élite, pour laquelle chaque Canton fournit trois hommes sur 100 âmes de population Suisse;
b. de la réserve, qui est de la moitié de l'élite.

Lorsqu'il y a danger, la Confédération peut aussi disposer de la seconde réserve (Landwehr) qui se compose des autres forces militaires des Cantons.

L'échelle des contingents, fixant le nombre d'hommes que doit fournir chaque Canton, sera soumise à une révision tous les vingt ans.

Art. 20.

Afin d'introduire dans l'armée fédérale l'uniformité et l'aptitude nécessaires, on arrête les bases suivantes :

1. Une loi fédérale détermine l'organisation générale de l'armée.

2. La Confédération se charge :

a) de l'instruction des corps du génie, de l'artillerie et de la cavalerie; toutefois les Cantons chargés de ces armes fournissent les chevaux;

b) de former les instructeurs pour les autres armes;

c) de l'instruction militaire supérieure pour toutes les armes; à cette fin, elle établit des écoles militaires et ordonne des réunions de troupes;

d) de fournir une partie du matériel de guerre.

La centralisation de l'instruction militaire pourra, au besoin, être développée ultérieurement par la législation fédérale.

3.) La Confédération surveille l'instruction militaire de l'infanterie et des carabiniers, ainsi que l'achat, la construction et l'entretien du matériel de guerre que les Cantons doivent fournir à l'armée fédérale.

4) Les ordonnances militaires des Cantons ne doivent rien contenir de contraire à l'organisation générale de l'armée, non plus qu'à leurs obligations fédérales; elles sont communiquées au Conseil fédéral pour qu'il les examine sous ce rapport.

5) Tous les corps de troupes au service de la Confédération portent le drapeau fédéral.

Art. 21.

La Confédération peut ordonner à ses frais ou encourager par des subsides les travaux publics qui intéressent la Suisse ou une partie considérable du pays.

Dans ce but, elle peut ordonner l'expropriation moyennant une juste indemnité. La législation fédérale statuera les dispositions ultérieures sur cette matière.

L'Assemblée fédérale peut interdire les constructions publiques qui porteraient atteinte aux intérêts militaires de la Confédération.

Art. 22.

La Confédération a le droit d'établir une Université suisse et une Ecole polytechnique.

Art. 23.

Ce qui concerne les péages (douanes) relève de la Confédération.

Art. 24.

La Confédération a le droit, moyennant une indemnité, de supprimer en tout ou en partie les péages sur terre ou sur eau, les droits de transit, de chaussée et de pontonnage, les droits de douane et les autres finances de ce genre accordés ou reconnus par la Diète, soit que ces péages et autres droits appartiennent aux Cantons, ou qu'ils soient perçus par des communes, des corporations ou des particuliers. Toutefois les droits de chaussée et les péages qui grèvent le transit seront rachetés dans toute la Suisse.

La Confédération pourra percevoir, à la frontière suisse, des droits d'importation, d'exportation et de transit.

Elle a le droit d'utiliser, moyennant indemnité, en les acquérant ou les prenant en location, les bâtiments actuellement destinés à l'administration des péages à la frontière suisse.

Art. 25.

La perception des péages fédéraux sera réglée conformément aux principes suivants :

- 1.) Droits sur l'importation:
 - a. Les matières nécessaires à l'industrie du pays seront taxées aussi bas que possible.
 - b. Il en sera de même des objets nécessaires à la vie.
 - c. Les objets de luxe seront soumis au tarif le plus élevé.
- 2.) Les droits de transit et, en général, les droits sur l'exportation



seront aussi modérés que possible.

3) La législation des piages contiendra des dispositions propres à assurer le commerce frontière et sur les marchés.

Les dispositions ci-dessus n'empêchent point la Confédération de prendre temporairement des mesures exceptionnelles dans des circonstances extraordinaires.

Art. 26.

Le produit des piages fédéraux sur l'importation, l'exportation et le transit sera employé comme suit:

a. Chaque Canton recevra quatre batz par tête de sa population totale, d'après le recensement de 1838.

b. Les Cantons qui, au moyen de cette répartition, ne seront pas suffisamment couverts de la perte résultant pour eux de la suppression des droits mentionnés à l'art. 24, recevront, de plus, la somme nécessaire pour les indemniser de ces droits d'après la moyenne du produit net des cinq années 1842 à 1846 inclusivement.

c. L'excédant de la recette des piages sera versé dans la caisse fédérale.

Art. 27.

Lorsque des piages, des droits de chaussée ou de pontonnage ont été accordés pour amortir le capital employé à une construction ou une partie de capital, la perception de ces piages et de ces droits ou le paiement de l'indemnité cesse dès que la somme à couvrir, y compris les intérêts, est atteinte.

Art. 28.

Les dispositions qui précèdent ne dérogent point aux clauses relatives aux droits de transit, renfermées dans des conventions conclues avec les entreprises de chemins de fer.

De son côté, la Confédération acquiert les droits réservés par ces traités aux Cantons touchant les finances perçues sur le transit.

Art. 29.

Le libre achat et la libre vente des denrées, du bétail et des

3

marchandises proprement dites, ainsi que des autres produits du sol et de l'industrie, leur libre entrée, leur libre sortie et leur libre passage, d'un Canton à l'autre sont garantis dans toute l'étendue de la Confédération.

Sont réservés :

- a. Quant à l'achat et à la vente, la régale du sel et de la poudre à canon.
- b. Les dispositions des Cantons touchant la police du commerce et de l'industrie, ainsi que celle des routes.
- c. Les dispositions contre l'accaparement.
- d. Les mesures temporaires de police de santé lors d'épidémies et d'épizooties.

Les dispositions mentionnées sous lettres b et c ci-dessus doivent être les mêmes pour les citoyens du Canton et ceux des autres Etats confédérés. Elles sont soumises à l'examen du Conseil fédéral et ne peuvent être mises à exécution avant d'avoir reçu son approbation.

- e. Les droits accordés ou reconnus par la Diète et que la Confédération n'a pas supprimés (art. 24 et 31).
- f. Les droits de consommation sur les vins et les autres boissons spiritueuses, conformément aux prescriptions de l'article 32.

Art. 30.

La législation fédérale statuera, pour autant que la Confédération y est intéressée, les dispositions nécessaires touchant l'abéli-tion des privilèges relatifs au transport des personnes et des marchandises de quelque espèce que ce soit sur terre ou sur eau, existant entre Cantons ou dans l'intérieur d'un Canton.

Art. 31.

La perception des droits mentionnés à l'article 29, lettre a) a lieu sous la surveillance du Conseil fédéral. On ne pourra, sans l'autorisation de l'Assemblée fédérale, ni les hausser, ni en prolonger la durée, s'ils ont été accordés pour un temps déterminé.

Les Cantons ne pourrônt, sous quelque dénomination qu'il soit, établir de nouveaux piages, non plus que de nouveaux droits de chaussée et de pontonage. Toutefois l'Assemblée fédérale pourra autoriser la perception de piages ou de tels droits, afin d'encourager, conformément à l'article 28, des constructions d'un intérêt général pour le commerce et qui ne pourrôient être entreprises sans cette concession.

Art. 32.

Outre les droits réservés à l'article 29, lettre e, les Cantons sont autorisés à percevoir des droits de consommation sur les vins et les autres boissons spiritueuses, toutefois moyennant les restrictions suivantes:

a. La perception de ces droits de consommation ne doit nullement gêner le transit; elle doit gêner le moins possible le commerce qui ne peut être frappé d'aucune autre taxe.

b. Si les objets importés pour la consommation sont réexportés du Canton, les droits payés pour l'entrée sont restitués sans qu'il en résulte d'autres charges.

c. Les produits d'origine suisse seront moins imposés que ceux de l'étranger.

d. Les droits actuels de consommation sur les vins et les autres boissons spiritueuses d'origine suisse ne pourront être haussés par les Cantons où il en existe. Il n'en pourra point être établi sur ces produits par les Cantons qui n'en perçoivent pas actuellement.

e. Les lois et les arrêtés des Cantons sur la perception des droits de consommation sont, avant leur mise à exécution, soumis à l'approbation de l'autorité fédérale, afin qu'elle fasse, au besoin, observer les dispositions qui précèdent.

Art. 33.

La Confédération se charge de l'administration des postes dans toute la Suisse, conformément aux prescriptions suivantes:

1) Le service des postes ne doit, dans son ensemble, pas descendre au-dessous de son état actuel, sans le consentement des Cantons intéressés.

2. Les tarifs seront fixés d'après les mêmes principes et aussi équitablement que possible dans toutes les parties de la Suisse.

3. L'inviolabilité du secret des lettres est garantie.

4. La Confédération indemnifera comme suit les Cantons pour la cession qu'ils lui font du droit régalien des postes :

a. Les Cantons reçoivent chaque année la moyenne du produit net des postes sur leur territoire pendant les trois années 1844, 1845 et 1846.

Toutefois, si le produit net que la Confédération retire des postes ne suffit pas à payer cette indemnité, il est fait aux Cantons une diminution proportionnelle.

b. Lorsqu'un Canton n'a rien reçu directement pour l'exercice du droit de poste, ou lorsque, par suite d'un traité de ferme conclu avec un autre Etat confédéré, un Canton a beaucoup moins reçu pour ses postes que le produit net et constaté de l'exercice de droit régalien sur son territoire, cette circonstance est équitablement prise en considération lors de la fixation de l'indemnité.

c. Lorsque l'exercice du droit régalien des postes a été laissé à des particuliers, la Confédération se charge de les indemniser, s'il y a lieu.

d. La Confédération a le droit et l'obligation d'acquies, moyennant une indemnité équitable, le matériel appartenant à l'administration des postes, pour autant qu'il est propre à l'usage auquel il est destiné et que l'administration en a besoin.

e. L'administration fédérale a le droit d'utiliser les bâtiments actuellement destinés aux postes, moyennant une indemnité, en les acquies, rant ou les prenant en location.

Art. 34.

Les employés aux péages et aux postes doivent, en majeure partie, être choisis parmi les habitants des Cantons où ils sont placés.

Art. 35.

La Confédération exerce la haute surveillance sur les routes et les ponts dont le maintien l'intéresse.

Les sommes à payer aux Cantons en vertu des articles 26 et 33 sont retenues par l'autorité fédérale, lorsque ces routes et ces ponts ne sont pas convenablement entretenus par les Cantons, les corporations ou les particuliers que cela concerne.

Art. 36.

La Confédération exerce tous les droits compris dans la régalie des monnaies. Les Cantons cessent de battre monnaie; le numéraire est frappé par la Confédération seule.

Une loi fédérale fixera le pied monétaire ainsi que le tarif des espèces en circulation; elle statuera aussi les dispositions ultérieures sur l'obligation où sont les Cantons de reprendre ou de rachatper une partie des monnaies qu'ils ont émises.

Art. 37.

La Confédération introduira l'uniformité des poids et mesures dans toute l'étendue de son territoire, en prenant pour base le concordat fédéral touchant cette matière.

Art. 38.

La fabrication et la vente de la poudre à canon appartiennent exclusivement à la Confédération dans toute la Suisse.

Art. 39.

Les dépenses de la Confédération sont couvertes :

- a. Par les intérêts des fonds de guerre fédéraux;
- b. Par le produit des péages fédéraux perçus à la frontière Suisse;
- c. Par le produit des postes;
- d. Par le produit des poudres;
- e. Par les contributions des Cantons qui ne peuvent être levées qu'en vertu d'arrêts de l'Assemblée fédérale.

Ces contributions sont payées par les Cantons d'après l'échelle des contingents d'argent, qui sera soumise à une révision tous les vingt ans.

Dans cette révision on prendra pour base tant la population des Cantons que la fortune et les moyens de gagner qu'ils renferment.



Art. 40.

Il devra toujours y avoir en argent comptant dans la caisse fédérale, au moins le montant du double contingent d'argent des Cantons, pour subvenir aux dépenses militaires occasionnées par les levées de troupes fédérales.

Art. 41.

La Confédération garantit à tous les Suisses de l'une des confessions chrétiennes, le droit de s'établir librement dans toute l'étendue du territoire suisse, conformément aux dispositions suivantes :

1) Aucun Suisse appartenant à une confession chrétienne ne peut être empêché de s'établir dans un Canton quelconque, s'il est muni des pièces authentiques suivantes :

a. D'un acte d'origine ou d'une autre pièce équivalente ;

b. D'un certificat de bonnes mœurs ;

c. D'une attestation qu'il jouit des droits civiques et qu'il n'est point légalement flétri ;

Il doit de plus, s'il en est requis, prouver qu'il est en état de s'entretenir lui et sa famille, par sa fortune, sa profession ou son travail.

Les Suisses naturalisés doivent, de plus, produire un certificat portant qu'ils sont depuis cinq ans au moins en possession d'un droit de cité cantonal.

2) Le Canton dans lequel un Suisse établit son domicile ne peut exiger de lui un cautionnement, ni lui imposer aucune autre charge particulière pour cet établissement.

3) Une loi fédérale fixera la durée du permis d'établissement ainsi que le maximum de l'émolument de chancellerie à payer au Canton pour obtenir ce permis.

4) En s'établissant dans un autre Canton, le Suisse entre en jouissance de tous les droits des citoyens de ce Canton, à l'exception de celui de voter dans les affaires communales et de la participation aux biens des communes et des corporations. En particulier, la liberté

d'industrie et le droit d'acquies et d'aliéner des biens-fonds lui sont assurés, conformément aux lois et ordonnances du Canton, lesquelles doivent, à tous ces égards, traiter le Suisse domicilié à l'égal du citoyen du Canton.

5) Les communes ne peuvent imposer à leurs habitants appartenant à d'autres Cantons, des contributions aux charges communales plus fortes qu'à leurs habitants appartenant à d'autres communes de leur propre Canton.

6) Le Suisse établi dans un autre Canton peut en être renvoyé :

- a. Par sentence du juge en matière pénale;
- b. Par ordre des autorités de police, s'il a perdu ses droits civiques et a été légalement flétri, si sa conduite est contraire aux mœurs, s'il tombe à la charge du public, ou s'il a été souvent puni pour contravention aux lois ou règlements de police.

Art. 42.

Tout citoyen d'un Canton est citoyen Suisse. Il peut à ce titre, exercer les droits politiques pour les affaires fédérales et cantonales dans chaque Canton où il est établi. Il ne peut exercer ces droits qu'aux mêmes conditions que les citoyens du Canton, et, en tant qu'il s'agit des affaires cantonales, qu'après un séjour dont la durée est déterminée par la législation cantonale; cette durée ne peut excéder deux ans.

Aucun ne peut exercer des droits politiques dans plus d'un Canton.

Art. 43.

Aucun Canton ne peut priver un de ses ressortissants du droit d'origine ou de cité.

Les étrangers ne peuvent être naturalisés dans un Canton qu'autant qu'ils seront affranchis de tout lien envers l'Etat auquel ils appartenaient.

Art. 44.

Le libre exercice du culte des confessions chrétiennes reconnues

est garantie dans toute la Confédération.

Toutefois les Cantons et la Confédération pourront toujours prendre les mesures propres au maintien de l'ordre public et de la paix entre les confessions.

Art. 45.

La liberté de la presse est garantie.

Toutefois les lois cantonales statuent les mesures nécessaires à la répression des abus; ces lois sont soumises à l'approbation du Conseil fédéral.

La Confédération peut aussi statuer des peines pour réprimer les abus dirigés contre elle ou ses autorités.

Art. 46.

Les citoyens ont le droit de former des associations pourvu qu'il n'y ait dans le but de ces associations ou dans les moyens qu'elles emploient rien d'illicite ou de dangereux pour l'Etat. Les lois cantonales statuent les mesures nécessaires à la répression des abus.

Art. 47.

Le droit de pétition est garanti.

Art. 48.

Tous les Cantons sont obligés de traiter les citoyens de l'une des confessions chrétiennes ressortissant des autres Etats confédérés comme ceux de leur Etat, en matière de législation et pour tout ce qui concerne les voies juridiques.

Art. 49.

Les jugements civils définitifs rendus dans un Canton sont exécutoires dans toute la Suisse.

Art. 50.

Pour réclamations personnelles, le débiteur Suisse ayant domicile et solvable, doit être recherché devant son juge naturel; ses biens ne peuvent en conséquence être saisis ou séquestrés hors du Canton où il est domicilié, en vertu de réclamations personnelles.

B

Art. 51.

La traite foraine est abolie dans l'intérieur de la Suisse, ainsi que le droit de retrait des citoyens d'un Canton contre ceux d'autres Etats confédérés.

Art. 52.

La traite foraine à l'égard des pays étrangers est abolie sous réserve de réciprocité.

Art. 53.

Nul ne peut être distrait de son juge naturel. En conséquence, il ne pourra être établi de tribunaux extraordinaires.

Art. 54.

Il ne pourra être prononcé de peine de mort pour cause de délit politique.

Art. 55.

Une loi fédérale statuera sur l'extradition des accusés d'un Canton à l'autre; toutefois l'extradition ne peut être rendue obligatoire pour les délits politiques et ceux de la presse.

Art. 56.

Il sera rendu une loi fédérale pour déterminer de quels Cantons ressortissent les gens sans patrie (Heimathlosen) et pour empêcher qu'il ne s'en forme de nouveaux.

Art. 57.

La Confédération a le droit de renvoyer de son territoire les étrangers qui compromettent la sûreté intérieure ou extérieure de la Suisse.

Art. 58.

L'Ordre des Jésuites et les sociétés qui lui sont affiliées ne peuvent être reçus dans aucune partie de la Suisse.

Art. 59.

Les autorités fédérales peuvent prendre des mesures de police sanitaire lors d'épidémies et d'épizooties qui offrent un danger général.

Chapitre II.

Autorités fédérales.

1. Assemblée fédérale.

Art. 60.

L'autorité suprême de la Confédération est exercée par l'Assemblée fédérale qui se compose de deux Sections ou Conseils, savoir :

- A. du Conseil national ;
- B. du Conseil des États.

A. Conseil national.

Art. 61.

Le Conseil national se compose des députés du Peuple suisse, élus à raison d'un membre par chaque 20,000 âmes de la population totale. Les fractions en sus de 10 mille âmes sont comptées pour 20 mille.

Chaque Canton et, dans les Cantons partagés, chaque demi-Canton élit un député au moins.

Art. 62.

Les élections pour le Conseil national sont directes. Elles ont lieu dans des collèges électoraux fédéraux, qui ne peuvent toutefois être formés de parties de différents Cantons.

Art. 63.

A droit de voter tout Suisse âgé de vingt ans révolus et qui n'est du reste point exclu du droit de citoyen actif par la législation du Canton dans lequel il a son domicile.

B

Art. 64.

Est éligible comme membre du Conseil national tout citoyen suisse laïque et ayant droit de voter.

Les Suisses devenus citoyens par la naturalisation ne sont éligibles qu'après cinq ans de possession du droit de cité.

Art. 65.

Le Conseil national est élu pour trois ans et renouvelé intégralement chaque fois.

Art. 66.

Les députés au Conseil des Etats, les membres du Conseil fédéral et les fonctionnaires nommés par ce Conseil ne peuvent être simultanément membres du Conseil national.

Art. 67.

Le Conseil national choisit dans son sein, pour chaque session ordinaire ou extraordinaire, un Président et un vice-Président.

Le membre qui a été Président pendant une session ordinaire ne peut, à la session ordinaire suivante, revêtir cette charge ni celle de vice-Président.

Le même membre ne peut être vice-Président pendant deux sessions ordinaires consécutives.

Lorsque les avis sont également partagés, le Président a la voix prépondérante; dans les élections, il vote comme les autres membres.

Art. 68.

Les membres du Conseil national sont indemnisés de la caisse fédérale.

B. Conseil des Etats.

Art. 69.

Le Conseil des Etats se compose de quarante-quatre députés des Cantons. Chaque Canton nomme deux députés; dans les

Z

Cantons partagés, chaque demi-Etat en élit un.

Art. 70.

Les membres du Conseil national et ceux du Conseil fédéral ne peuvent être simultanément députés au Conseil des Etats.

Art. 71.

Le Conseil des Etats choisit dans son sein, pour chaque session ordinaire ou extraordinaire, un Président et un vice-Président.

Le Président ni le vice-Président ne peuvent être élus par, ni les députés du Canton dans lequel a été choisi le Président pour la session ordinaire qui a immédiatement précédé.

Les députés du même Canton ne peuvent reciter la charge de Vice-Président pendant deux sessions ordinaires consécutives.

Lorsque les avis sont également partagés, le Président a la voix prépondérante; dans les élections, il vote comme les autres membres.

Art. 72.

Les députés au Conseil des Etats sont indemnisés par les Cantons.

C. Attributions de l'Assemblée fédérale.

Art. 73.

Le Conseil national et le Conseil des Etats délibèrent sur tous les objets que la présente Constitution place dans le ressort de la Confédération et qui ne sont pas attribués à une autre autorité fédérale.

Art. 74.

Les affaires de la compétence des deux Conseils sont, entre autres, les suivantes:

1. Les lois, les décrets ou les arrêtés pour la mise en vigueur de la Constitution fédérale, notamment sur la formation des cercles électoraux et le mode d'élection, sur l'organisation et le mode de procéder des autorités fédérales ainsi que sur la formation du jury;



2. Le traitement et les indemnités des membres des autorités de la Confédération et de la Chancellerie fédérale; la création de fonctions fédérales permanentes et la fixation des traitements;
3. L'élection du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral, du Chancelier, du Général en chef, du Chef de l'Etat-major général et des Représentants fédéraux;
4. La reconnaissance d'Etats et de Gouvernements étrangers;
5. Les alliances et les traités avec les Etats étrangers, ainsi que l'approbation des traités des Cantons entr'eux ou avec les Etats étrangers; toutefois les traités des Cantons ne sont portés à l'Assemblée fédérale que lorsque le Conseil fédéral ou un autre Canton élève des réclamations;
6. Les mesures pour la sûreté extérieure ainsi que pour le maintien de l'indépendance et de la neutralité de la Suisse; les déclarations de guerre et la conclusion de la paix;
7. La garantie des Constitutions et du territoire des Cantons; l'intervention par suite de cette garantie; les mesures pour la sûreté intérieure de la Suisse, pour le maintien de la tranquillité et de l'ordre; l'amnistie et l'exercice du droit de grâce;
8. Les mesures pour faire respecter la constitution fédérale et assurer la garantie des Constitutions cantonales, ainsi que celles qui ont pour but d'obtenir l'accomplissement des devoirs fédéraux ou de maintenir les droits garantis par la Confédération;
9. Les dispositions législatives touchant l'organisation militaire de la Confédération, l'instruction des troupes et les prestations des Cantons; la disposition de l'armée;
10. L'établissement de l'échelle fédérale des contingents d'hommes et d'argent; les dispositions législatives sur l'administration et l'emploi des fonds de guerre fédéraux; la levée des contingents d'argent des Cantons, les emprunts, le budget et les comptes;
11. Les lois, les décrets ou les arrêtés touchant les piéges, les postes, les monnaies, les poids et mesures, la fabrication et la vente de la poudre à canon, des armes et des munitions;
12. La création d'établissements publics et les constructions de la

S

de la Confédération, ainsi que les mesures d'expropriation qui s'y rapportent;

13. Les dispositions législatives touchant le libre établissement, les gens sans patrie (*Heimathlose*), la police des étrangers et les mesures sanitaires;

14. La haute surveillance de l'administration et de la justice fédérales;

15. Les réclamations des Cantons et des citoyens contre les décisions ou les mesures prises par le Conseil fédéral;

16. Les différends entre Cantons qui touchent au droit public;

17. Les conflits de compétence, entre autres sur la question de savoir:
a) si une affaire est du ressort de la Confédération ou si elle appartient à la souveraineté cantonale;

b) si une affaire est de la compétence du Conseil fédéral ou de celle du Tribunal fédéral;

18. La révision de la Constitution fédérale.

Art. 75.

Les deux Conseils s'assemblent, chaque année une fois, en session ordinaire, le jour fixé par le règlement.

Ils sont extraordinairement convoqués par le Conseil fédéral; ou sur la demande du quart des membres du Conseil national ou sur celle de cinq Cantons.

Art. 76.

Un Conseil ne peut délibérer qu'autant que les députés présents forment la majorité absolue du nombre total de ses membres.

Art. 77.

Dans le Conseil national et dans le Conseil des Etats les délibérations sont prises à la majorité absolue des votants.

Art. 78.

Les lois fédérales, les décrets ou les arrêtés fédéraux ne peuvent être rendus qu'avec le consentement des deux Conseils.

Art. 79.

Les membres des deux Conseils votent sans instructions.

Art. 80.

Chaque Conseil délibère séparément. Toutefois lorsqu'il s'agit des élections mentionnées à l'article 74, N. 3, d'exercer le droit de grâce ou de prononcer sur un conflit de compétence, les deux Conseils se réunissent pour délibérer en commun sous la direction du Président du Conseil national, et c'est la majorité des membres votants des deux Conseils qui décide.

Art. 81.

L'initiative appartient à chaque Conseil et à chacun de leurs membres.

Les Cantons peuvent exercer le même droit par correspondance.

Art. 82.

Les séances de chacun des Conseils sont ordinairement publiques.

II. Conseil fédéral.

Art. 83.

L'autorité directoriale et exécutive supérieure de la Confédération est exercée par un Conseil fédéral composé de sept membres.

Art. 84.

Les membres du Conseil fédéral sont nommés pour trois ans, par les Conseils réunis, et choisis parmi tous les citoyens suisses éligibles au Conseil national. - On ne pourra toutefois choisir plus d'un membre du Conseil fédéral dans le même Canton.

Le Conseil fédéral est renouvelé intégralement après

chaque renouvellement du Conseil national.

Les membres qui sont vacance dans l'intervalle des trois ans sont remplacés, à la première session de l'Assemblée fédérale, pour le reste de la durée de leurs fonctions.

Art. 25.

Les membres du Conseil fédéral ne peuvent, pendant la durée de leurs fonctions, revêtir aucun autre emploi, soit au service de la Confédération, soit dans un Canton, ni suivre d'autre carrière ou exercer de profession.

Art. 26.

Le Conseil fédéral est présidé par le Président de la Confédération. Il a un Vice-Président.

Le Président de la Confédération et le Vice-Président du Conseil fédéral sont nommés, pour une année, par l'Assemblée fédérale, entre les membres du Conseil.

Le Président sortant de charge ne peut être élu Président ou Vice-Président pour l'année qui suit.

Le même membre ne peut revêtir la charge de Vice-Président pendant deux années de suite.

Art. 27.

Le Président de la Confédération et les autres membres du Conseil fédéral reçoivent un traitement annuel de la caisse fédérale.

Art. 28.

Le Conseil fédéral ne peut délibérer que lorsqu'il y a au moins quatre membres présents.

Art. 29.

Les membres du Conseil fédéral ont voix consultative dans les deux Sections de l'Assemblée fédérale, ainsi que le droit d'y faire des propositions sur les objets en délibération.

Art. 30.

Les attributions et les obligations du Conseil fédéral, dans les

34

limites de la présente Constitution, sont entre autres les suivantes :

1) Il dirige les affaires fédérales, conformément aux lois, aux décrets et aux arrêtés de la Confédération.

2) Il veille à l'observation de la Constitution, des lois, des décrets et des arrêtés de la Confédération, ainsi que des prescriptions des concordats fédéraux; il prend de son chef ou sur plainte, les mesures nécessaires pour les faire observer.

3) Il veille à la garantie des Constitutions cantonales.

4) Il présente des projets de lois, de décrets ou d'arrêtés à l'Assemblée fédérale et donne son préavis sur les propositions qui lui sont adressées par les Conseils ou par les Cantons.

5) Il pourvoit à l'exécution des lois, des décrets et des arrêtés de la Confédération et à celle des jugements du tribunal fédéral, ainsi que des transactions ou des sentences arbitrales sur des différends entre Cantons.

6) Il fait les nominations que la Constitution n'attribue pas à l'Assemblée fédérale ou au Tribunal fédéral, ou que les lois ne délèguent pas à une autre autorité inférieure.

Il nomme des Commissaires pour des missions à l'intérieur ou au dehors

7) Il examine les traités des Cantons entre eux ou avec l'étranger, et il les approuve, s'il y a lieu. (Art. 71, N. 5.)

8) Il veille aux intérêts de la Confédération au dehors, notamment à l'observation de ses rapports internationaux et il est, en général, chargé des relations extérieures.

9) Il veille à la sûreté extérieure de la Suisse, au maintien de son indépendance et de sa neutralité.

10) Il veille à la sûreté intérieure de la Confédération, au maintien de la tranquillité et de l'ordre.

11) En cas d'urgence et lorsque l'Assemblée fédérale n'est pas réunie, le Conseil fédéral est autorisé à lever les troupes nécessaires et à en disposer, sous réserve de convoquer immédiatement les Conseils, si le nombre des troupes levées dépasse deux mille hommes ou si elles restent sur pied au delà de trois semaines.

12) Il est chargé de ce qui a rapport au militaire fédéral ainsi que de



toutes les autres branches de l'administration qui appartiennent à la Confédération.

13) Il examine les lois et les ordonnances des Cantons qui doivent être soumises à son approbation; il exerce la surveillance sur les branches de l'administration cantonale que la Confédération a placées sous son contrôle, telles que le militaire, les plages, les routes et les ponts.

14) Il administre les finances de la Confédération, propose le budget et rend les comptes des recettes et des dépenses.

15) Il surveille la gestion de tous les fonctionnaires et employés de l'administration fédérale.

16) Il rend compte de sa gestion à l'Assemblée fédérale, à chaque session ordinaire, lui présente un rapport sur la situation de la Confédération tant à l'intérieur qu'au dehors, et recommande à son attention les mesures qu'il croit utiles à l'accroissement de la prospérité commune.

Il fait aussi des rapports spéciaux lorsque l'Assemblée fédérale ou une de ses Sections le demande.

Art. 91.

Les affaires du Conseil fédéral sont réparties par départements entre ses membres. Cette répartition a uniquement pour but de faciliter l'examen et l'expédition des affaires; les décisions émanent du Conseil fédéral comme autorité.

Art. 92.

Le Conseil fédéral et ses départements sont autorisés à appeler des experts pour des objets spéciaux.

III. Chancellerie fédérale.

Art. 93.

Une Chancellerie fédérale, à la tête de laquelle se trouve le Chancelier de la Confédération, est chargée du Secrétariat de l'Assemblée

fédérale et de celui du Conseil fédéral.

Le Chancelier est élu par l'Assemblée fédérale pour le terme de trois ans, en même temps que le Conseil fédéral.

La Chancellerie est sous la surveillance plus spéciale du Conseil fédéral.

Une loi fédérale déterminera ultérieurement ce qui a rapport à l'organisation de la Chancellerie.

IV. Tribunal fédéral.

Art. 94.

Il y a un Tribunal fédéral pour l'administration de la justice en matière fédérale.

Il y a, de plus, un Jury pour les affaires pénales.

Art. 95.

Le Tribunal fédéral se compose de onze membres avec des suppléants dont la loi déterminera le nombre.

Art. 96.

Les membres du Tribunal fédéral et les suppléants sont nommés pour trois ans par l'Assemblée fédérale. Le Tribunal fédéral est renouvelé intégralement après chaque renouvellement du Conseil national.

Les membres qui font vacance dans l'intervalle des trois ans sont remplacés, à la première session de l'Assemblée fédérale, pour le reste de la durée de leurs fonctions.

Art. 97.

Peut être nommé au Tribunal fédéral tout citoyen suisse éligible au Conseil national.

Les membres du Conseil fédéral et les fonctionnaires nommés par



cette autorité ne peuvent en même temps faire partie du Tribunal fédéral.

Art. 98.

Le Président et le Vice-Président du Tribunal fédéral sont nommés par l'Assemblée fédérale, chacun pour un an, parmi les membres du corps.

Art. 99.

Les membres du Tribunal fédéral sont indemnisés au moyen de vacations payés par la caisse fédérale.

Art. 100.

Le Tribunal fédéral organise sa Chancellerie et en nomme le personnel.

Art. 101.

Comme Cour de justice civile, le Tribunal fédéral connaît:

- 1) pour autant qu'ils ne touchent pas au droit public, des différends:
 - a. entre Cantons;
 - b. entre la Confédération et un Canton;
- 2) des différends entre la Confédération, d'un côté, et des corporations ou des particuliers, de l'autre, lorsque ces corporations et ces particuliers sont demandeurs et qu'il s'agit de questions importantes que détermine la législation fédérale;
- 3) des différends concernant les gens sans patrie. (Heimathlose).

Dans les cas mentionnés sous N. 1, lettres a et b, ci-dessus, l'affaire est portée au Tribunal fédéral par l'intermédiaire du Conseil fédéral. Si le Conseil résout négativement la question de savoir si l'affaire est du ressort du Tribunal fédéral, le conflit est décidé par l'Assemblée fédérale.

Art. 102.

Le Tribunal fédéral est tenu de juger d'autres causes, lorsque les parties s'accordent à le saisir et que l'objet en litige dépasse une valeur considérable que détermine la législation fédérale. Dans ce cas, les frais sont entièrement à la charge des parties.

3

Art. 103.

L'action du Tribunal fédéral comme Cour de justice pénale sera déterminée par la loi fédérale qui statuera ultérieurement sur la mise en accusation, les Cours d'appels et la cassation.

Art. 104.

La Cour d'appels, avec le jury qui prononce sur les questions de fait, connaît :

- a. des cas concernant des fonctionnaires délégués à la justice pénale par l'autorité fédérale qui les a nommés;
- b. des cas de haute trahison envers la Confédération, de révolte ou de violence contre les autorités fédérales;
- c. des crimes et des délits contre le droit des gens;
- d. des délits politiques qui sont la cause ou la suite des troubles par lesquels une intervention fédérale armée a été occasionnée.

L'Assemblée fédérale peut toujours accorder l'amnistie ou faire grâce au sujet de ces crimes et de ces délits.

Art. 105.

Le Tribunal fédéral connaît, de plus, de la violation des droits garantis par la présente Constitution, lorsque les plaintes à ce sujet sont renvoyées devant lui par l'Assemblée fédérale.

Art. 106.

Outre les cas mentionnés aux articles 104, 104 et 105, la législation fédérale peut placer d'autres affaires dans la compétence du Tribunal fédéral.

Art. 107.

La législation fédérale déterminera :

- a. L'organisation du Ministère public fédéral;
- b. Quels délits seront dans la compétence du Tribunal fédéral, ainsi que les lois pénales à appliquer;
- c. les formes de la procédure fédérale, qui sera publique et orale;
- d. ce qui concerne les frais de justice.

V. Dispositions diverses.

Art. 108.

Tout ce qui concerne le siège des autorités de la Confédération est l'objet de la législation fédérale.

Art. 109.

Les trois principales langues parlées en Suisse, l'allemand, le français et l'italien, sont langues nationales de la Confédération.

Art. 110.

Les fonctionnaires de la Confédération sont responsables de leur gestion. Une loi fédérale déterminera d'une manière plus précise ce qui tient à cette responsabilité.

Chapitre III.

Révision de la Constitution fédérale.

Art. 111.

La Constitution fédérale peut être révisée en tout temps.

Art. 112.

La révision a lieu dans les formes statuées par la législation fédérale.

Art. 113.

Lorsqu'une Section de l'Assemblée fédérale décide la révision de la Constitution fédérale et que l'autre Section n'y consent pas, ou bien lorsque cinquante mille citoyens suisses ayant droit de voter demandent



la révision, la question de savoir si la Constitution fédérale doit être révisée, est, dans l'un comme dans l'autre cas, soumise à la votation du Peuple suisse, par oui ou par non.

Si, dans l'un ou l'autre de ces cas, la majorité des citoyens suisses prenant part à la votation se prononce pour l'affirmative, les deux Conseils seront renouvelés pour travailler à la révision.

Art. 114.

La Constitution fédérale révisée entre en vigueur lorsqu'elle a été acceptée par la majorité des citoyens suisses prenant part à la votation et par la majorité des Cantons.

Dispositions transitoires.

Art. 1.

Les Cantons se prononceront sur l'acceptation de la présente Constitution fédérale suivant les formes prescrites par leur Constitution, ou, dans ceux où la Constitution ne prescrit rien à cet égard, de la manière qui sera ordonnée par l'autorité suprême du Canton que cela concerne.

Art. 2.

Les résultats de la votation seront transmis au Directoire fédéral pour être communiqués à la Diète, qui prononcera si la nouvelle Constitution fédérale est acceptée.

Art. 3.

Lorsque la Diète aura déclaré la Constitution fédérale acceptée, elle arrêtera immédiatement les dispositions nécessaires à sa mise en vigueur.

Les attributions du Conseil fédéral de la guerre et celles du Conseil d'administration des fonds de guerre fédéraux passeront au Conseil fédéral.

Art. 4.

Les dispositions statuées par le premier membre et par la lettre c de l'article 6 de la présente Constitution ne sont pas applicables aux constitutions cantonales actuellement en vigueur.

Les prescriptions de ces constitutions qui seraient contraires aux autres dispositions de la Constitution fédérale seront abrogées du jour où la présente Constitution sera déclarée acceptée.

Art. 5.

La perception des droits d'entrée fédéraux continuera jusqu'à ce que les tarifs des nouveaux péages qui seront perçus par la Confédération à la frontière Suisse aient été mis à exécution.

Art. 6.

Les arrêtés de la Diète et les concordats non contraires à la présente Constitution fédérale demeurent en vigueur jusqu'à ce qu'ils soient abrogés.

Les concordats dont le contenu est devenu l'objet de la législation fédérale cesseront d'être en vigueur dès que ces lois seront exécutoires.

Art. 7.

Dès que l'Assemblée fédérale et le Conseil fédéral seront constitués, le Pacte fédéral du 7 Août 1815 sera abrogé.

»

Arrêté

Arrêté

concernant la déclaration solennelle de l'acceptation de la nouvelle
Constitution fédérale de la Confédération suisse.

La Diète fédérale,

Après avoir soumis à son examen les procès-verbaux et les autres
actes qui sont parvenus de la part de tous les Cantons au Directoi-
re fédéral touchant la votation sur la Constitution fédérale de la
Confédération suisse, délibérée par la Diète dans ses séances du 15 Mai
au 27 Juin 1848 inclusivement,

Considérant qu'ensuite de ces communications, tous les Can-
tons se sont prononcés sur l'acceptation ou le rejet de la Constitution
fédérale qui leur a été soumise en la manière prescrite par l'article
1 des dispositions transitoires,

Considérant qu'il résulte de la vérification exacte des procès-
verbaux sur la votation qui a eu lieu dans tous les Cantons, que la
Constitution de la Confédération suisse délibérée par la Diète a été
approuvée et acceptée par quinze Cantons et un demi, représen-
tant ensemble une population de 1,897,227 âmes, par consé-
quent la grande majorité des citoyens suisses actifs, ainsi que
la grande majorité des vingt-deux Cantons,

En exécution de l'article 2 des dispositions transitoires d'après
lesquelles il appartient à la Diète de décider, après l'examen du
résultat des votations, si la nouvelle Constitution fédérale est
acceptée ou non,

arrête :

Art. 1. La Constitution fédérale de la Confédération suisse
délibérée par la Diète dans ses séances du 15 Mai au 27 Juin 1848
inclusivement, et soumise à la votation dans tous les Cantons confor-
mément à l'art. 1^{er} des dispositions transitoires, est déclarée

B

solennellement acceptée et reconnue comme loi fondamentale de la Confédération suisse.

Art. 2. La présente déclaration sera comme acte authentique déposée dans les archives fédérales en expédition originale conjointement avec la Constitution fédérale telle qu'elle a été acceptée; il en sera imprimé un nombre suffisant d'exemplaires qui seront immédiatement communiqués par le Directoire à tous les Gouvernements cantonaux pour être portés à la connaissance de tous les citoyens.

Art. 3. La Diète prendra immédiatement les dispositions nécessaires à la mise en vigueur de la Constitution fédérale.

Ainsi fait à Berne, le douze Septembre mil-huit-cent quarante-huit.

La Diète fédérale ordinaire;
En son nom

Le Président du Conseil-exécutif de Berne,
Directoire fédéral,
Président de la Diète:

Meg: Justi.

Le Chancelier de la Confédération:

Schies.

Costituzione federale

per la

Confederazione Svizzera.

*Nel Nome di Dio
Omnipossente!*

La Confederazione Svizzera

*Allo scopo di rassodare la lega dei Confederati, di
mantenere ed accrescere l'Unità, la Forza e l'Onore della
Nazione Svizzera ha adottato la seguente Costituzione Federale.*

COSTITUZIONE FEDERALE

della

Confederazione Svizzera.

Capitolo primo

Disposizioni generali.

Articolo 1.

*Le popolazioni dei ventidue Cantoni sovrani in
uno riunite in forza della presente Lega, cioè: Zurigo, Ber-
na, Lucerna, Uri, Schwitz, Unterwalden (sopra e sotto
Selva), Glarona, Zug, Friburgo, Soletta, Basilea*

(Città e Campagna), Scaffusa, Appenzello (ambidue i Rhodas), S. Gallo, Grigioni, Argovia, Turgovia, Ticino, Vaud, Vallese, Neuchatel e Ginevra costituiscono nel loro insieme la Confederazione Svizzera.

Art. 2.

La Lega ha per iscopo: di sostenere l'indipendenza della Patria contro lo straniero, di mantenere la pace e l'ordine nell'interno, di proteggere la libertà e i diritti dei Confederati, e di aumentare la loro comune prosperità.

Art. 3.

I Cantoni sono sovrani, fin dove la loro sovranità non è limitata dalla Costituzione federale, e, come tali, esercitano tutti i diritti, che non sono devoluti all'Autorità federale.

Art. 4.

Tutti gli Svizzeri sono uguali innanzi alla legge. Nella Svizzera non vi ha sudditanza di sorta, non privilegio di luogo, di nascita, di famiglia o di persona.

Art. 5.

La Confederazione garantisce ai Cantoni il loro territorio, la loro sovranità entro i limiti stabiliti dall'articolo 3, le loro costituzioni, la libertà, i diritti del popolo ed i diritti costituzionali dei cittadini; e similmente garantisce i diritti e le attribuzioni, cui il popolo ha conferito alle Autorità.

Art. 6.

I Cantoni sono obbligati di domandare per le loro Costituzioni la garanzia della Confederazione.

La Confederazione assume tale garanzia allorchè:

a. esse nulla contengono di contrario alle prescrizioni

3 della

2 della Costituzione federale;

b. assicurano l'esercizio dei diritti politici giusta le forme repubblicane — rappresentative o democratiche;

c. sieno state accettate dal popolo e possono essere riformate, quando la maggioranza assoluta dei cittadini lo richieda.

Art. 7.

Ogni lega speciale ed ogni trattato speciale di natura politica tra i Cantoni sono proibiti.

Per lo contrario hanno essi diritto di conchiuder tra loro delle convenzioni sopra oggetti di legislazione, di giustizia e di amministrazione; nullameno debbono presentarle all'esame dell'Autorità federale, la quale, se tali convenzioni contengono alcuna cosa di contrario alla Confederazione o ai diritti di altri Cantoni, è autorizzata ad impedirne l'esecuzione. Nell'opposto caso i rispettivi Cantoni hanno diritto di chiedere la cooperazione della Autorità federale per l'esecuzione.

Art. 8.

La Confederazione soltanto ha il diritto di dichiarare la guerra e di conchiudere la pace, di stipulare cogli Stati esteri alleanze e trattati, particolarmente di Dazio e di Commercio.

Art. 9.

In via eccezionale i Cantoni hanno podestà di stipulare cogli Stati esteri de' trattati di economia pubblica, di rapporti di vicinato e di polizia; ma questi non hanno mai da contenere cosa alcuna che sia contraria alla Confederazione o ai diritti di altri Cantoni.

Art. 10.

I rapporti ufficiali tra i Cantoni ed i governi degli Stati esteri, siccome pure coi rappresentanti di questi,

hanno luogo per mezzo del Consiglio federale.

Tuttavia per gli oggetti accennati all'art. 9, i Cantoni possono corrispondere direttamente colle Autorità e cogli impiegati secondari di un estero Stato.

Art. 11.

Non è permesso conchiudere alcuna capitolazione militare.

Art. 12.

I membri delle Autorità federali, gli impiegati civili e militari della Confederazione, i rappresentanti o i Commissari federali non possono ricevere dai governi stranieri nè pensioni o stipendi, nè titoli, doni od ordini cavaleseschi.

Ma quando essi fossero di già al possesso di pensioni, titoli d'onore od ordini cavaleseschi, per tutto il tempo che dura il loro ufficio hanno da rinunciare al godimento delle pensioni, ad assumere il titolo che hanno ed a portare il distintivo dell'ordine, cui appartengono.

Tuttavia il Consiglio federale può accordare ai funzionari ed impiegati secondari la facoltà di continuare a ricevere le loro pensioni.

Art. 13.

La Confederazione non ha diritto di mantenere truppe permanenti.

Senza consentimento delle Autorità federali nessun Cantone, o nei Cantoni separati, nessuna parte del Cantone, può avere più di 300 uomini di truppa permanente, non compresi i corpi di gendarmeria.

Art. 14.

Quando nascono delle contese fra i Cantoni, debbono

questi astenersi dal farsi giustizia da sè, siccome pure da ogni armamento, e sottomettersi invece alla decisione federale.

Art. 15.

Allorchè un Cantone è improvvisamente minacciato di pericolo dall'estero, il governo del Cantone minacciato ha obbligo di chieder per aiuto altri Cantoni, avvisandone al tempo istesso l'Autorità federale, e senza pregiudizio delle ulteriori disposizioni di questa. I Cantoni richiesti hanno dovere di accorrere in aiuto. Le spese sono a carico della Confederazione.

Art. 16.

Allorchè l'ordine interno di un Cantone è turbato, o quando il pericolo è minacciato da un altro Cantone, il governo del Cantone minacciato dee darne immediata conoscenza al Consiglio federale, affinchè questi, entro i limiti degli attributi suoi (art. 90, N. 3, 10 e 11) possa prendere le provvidenze richieste o convocare l'Assemblea federale. In casi urgenti il rispettivo governo è autorizzato, dandone immediato avviso al Consiglio federale, a richiedere per aiuto altri Cantoni, e gli Stati di ciò richiesti hanno dovere di prestarsi.

Quando il governo del Cantone è fuori della possibilità di domandare aiuto, può, e quando la sicurezza della Svizzera è periclitante deve la competente Autorità federale intervenire spontaneamente.

Ne' casi d'intervento federale le Autorità della Confederazione vegliano a fine sieno adempiute le prescrizioni dell'art. 5.

Le spese vanno a carico del Cantone richiedente o di quello che causò l'intervento federale, quando però l'Assemblea federale, a cagione di speciali circostanze, non decida altrimenti.

B

Art. 17.

Nei casi indicati dagli art. 15 e 16, ogni Cantone ha dovere di lasciar libero passaggio alle truppe. Queste hanno immediatamente da essere poste sotto comando federale.

Art. 18.

Ogni Svizzero è obbligato al servizio militare.

Art. 19.

L'armata federale, che è composta dei contingenti dei Cantoni, consiste:

a. nel contingente federale, pel quale ogni Cantone dee fornire 3 uomini sopra 100 anime di popolazione svizzera;

b. nella riserva, che è la metà del contingente federale.

Ne' tempi di pericolo la Confederazione può disporre ancora delle altre forze militari (Landwehr) di ogni Cantone.

La scala secondo la quale ogni Cantone deve fornire l'assegnato contingente in uomini, sarà riveduta ogni vent'anni.

Art. 20.

Affinchè l'armata federale abbia la voluta uniformità ed attitudine al servizio, vengono stabilite le seguenti massime:

1) Una legge federale determina l'organizzazione generale dell'armata federale.

2) La Confederazione si incarica:

a. dell'istruzione delle truppe del genio, d'artiglieria e di cavalleria, coll'obbligo però ai Cantoni, che hanno da mantenere queste specie d'armi, di fornire i cavalli;

M

b. di formare degli istruttori per le altre specie di armi;

c. dell'istruzione superiore militare, per il che erige delle scuole militari speciali ed ordina delle riunioni di truppe;

d. della somministrazione di una parte del materiale da guerra.

La centralizzazione dell'istruzione militare in caso di bisogno potrà essere maggiormente sviluppata dalla legislazione federale.

3) La Confederazione veglia all'istruzione militare della fanteria e dei carabinieri, come pure all'acquisto, alla fabbricazione ed al mantenimento del materiale da guerra, cui i Cantoni debbono fornire all'armata federale.

4) I regolamenti militari dei Cantoni non possono contenere cosa alcuna che sia contraria all'organizzazione militare federale ed agli obblighi federali che spettano ai singoli Cantoni, e debbono a questo scopo essere presentati all'esame del Consiglio federale.

5) Tutti i corpi di truppa al servizio della Confederazione portano esclusivamente la bandiera federale.

Art. 21.

Nell'interesse della Confederazione o di una gran parte della medesima, ha essa il diritto di erigere pubbliche opere a spese della Confederazione stessa, o aiutare l'eruzione delle medesime.

A questo uopo essa è pure autorizzata a valersi del diritto di espropriazione mediante pieno indennizzo. Le ulteriori disposizioni sono riservate alla legislazione federale.

L'Assemblea federale può proibire l'eruzione di ope-



re pubbliche, le quali sieno di danno agl' interessi militari della Confederazione.

Art. 22.

La Confederazione ha diritto di erigere un' Università ed una Scuola Politecnica.

Art. 23.

I dazi sono di competenza federale.

Art. 24.

La Confederazione ha diritto, mediante indennizzo, di sopprimere in tutto o in parte i dazi di terra e di acqua, i pedaggi ed i pontenaggi, i diritti obbligatori di dogana e gli altri di questa specie accordati o riconosciuti dalla Dieta, spettino essi ai Cantoni, o sieno percepiti da Comuni, da Corporazioni o da privati. Quei dazi e pedaggi, che gravitano il transito, in ogni caso hanno da essere riscattati su tutto il territorio della Confederazione e contemporaneamente.

La Confederazione ha il diritto di far pagare ai confini svizzeri un dazio di entrata, di uscita e di transito.

Essa ha egualmente il diritto, mediante indennizzo, o di appropriarsi o di godere per locazione di quei fabbricati che, posti alla frontiera Svizzera, sono al presente destinati all' amministrazione daziaria.

Art. 25.

La percezione dei dazi dee regolarsi coi seguenti principi:

1) Diritti di importazione:

a. Le stoffe ed il materiale necessario all' industria interna, nella tariffa daziaria, sono tassati il meno possibile.

b. Egualmente gli oggetti necessari al sostentamento della vita.

B. c.

21. c. Gli oggetti di lusso soggiacciono alla tassa più alta.

2) I diritti di transito, e di regola anche i diritti di esportazione, sono fissati il più possibilmente modici.

3) La legislazione daziaria stabilisce le disposizioni proprie alla sicurezza del commercio di confine e di mercato.

Alla Confederazione è sempre riservato il diritto di prendere in straordinarie circostanze, declinando dalle precedenti disposizioni, delle temporarie speciali provvidenze.

Art. 26.

Il prodotto dei dazi d'importazione, esportazione e transito viene impiegato nel modo seguente:

a. Ogni Cantone riceve 1 batz per testa di tutta la popolazione computata coi registri del 1838.

b. Quando un Cantone, col compenso indicato alla lettera a, non è bastevolmente indennizzato pei diritti soppressi giusta l'art. 24, gli si compete inoltre quanto è necessario a risarcirlo dei diritti medesimi, prendendo per base il medio proporzionale del prodotto netto dei cinque anni, dal 1842 al 1846 inclusivamente.

c. Il di più dell'entrata si versa nella cassa della Confederazione.

Art. 27.

Se alcuni dazi, pedaggi e pontenaggi furono accordati ad estinzione di un capitale impiegato in una costruzione o di una parte del medesimo, la riscossione degli stessi o l'indennizzazione cessa si tosto che è coperto il capitale, o la rispettiva parte di esso, insieme cogli interessi.

Art. 28.

Colle presenti disposizioni non decisi apportare alcun
nocimento alle condizionali sui diritti di transito contenute
nei trattati di strade ferrate già conclusi. La Confede-
razione all'incontro subentra in quei diritti, che i Cantoni,
in forza di tali trattati, hanno per sé riserbati rispetto
al transito.

Art. 29.

È libera la vendita e la compra dei mezzi di
sussistenza, del bestiame e delle mercanzie, dei prodotti
del suolo e di ogni maniera d'industria; libera è
pure la loro entrata, uscita e transito da un Cantone
all'altro.

Vanno riservati:

a. Rispetto alla vendita ed alla compra, la
regalia del sale e della polvere.

b. Le disposizioni dei Cantoni, che riguardano
la polizia del commercio, dell'industria e delle strade.

c. Le disposizioni sul caparramento dannoso dei
mezzi di sussistenza.

d. Le momentanee provvidenze di polizia sanita-
ria in tempi di epidemia.

Le disposizioni accennate alla lettere b. e. c. debbono
considerare e trattare egualmente i cittadini del Cantone
e gli Svizzeri, cittadini di altri Cantoni. Queste hanno
da essere sottoposte alla revisione del Consiglio federale, nè
possono mai essere eseguite prima d'aver ricevuto l'appro-
vazione del medesimo.

e. I diritti accordati o riconosciuti dalla Dieta,
e che la Confederazione non ha aboliti (art. 21 e 31).

f. I diritti di consumo sul vino ed altre bevande
spiritose, secondo il prescritto dall'art. 32.

 Art. 30.

Art. 30.

La legislazione federale, in quanto la Confederazione può avervi interesse, si riserva di prendere le necessarie disposizioni rispetto all'abolizione dei privilegi riguardanti il trasporto di persone e mercanzie di ogni sorta, tanto fra Cantone e Cantone quanto nell'interno di ciascheduno di essi, così per acqua come per terra.

Art. 31.

La riscossione dei diritti indicati all'art. 29 lett. e è sotto la sorveglianza del Consiglio federale. Questi diritti, senza l'approvazione dell'Assemblea federale, non possono essere aumentati, nè la riscossione dei medesimi essere prolungata, quando sia stata circoscritta ad un tempo determinato.

I Cantoni non possono in guisa alcuna, nè sotto qualsivoglia denominazione introdurre di nuovo dazi, pedaggi o pontonaggi. Tuttavia l'Assemblea federale può concedere per un tempo determinato cotali diritti, e ciò per favorire e sostenere l'erexione di opere pubbliche, che, giusta lo spirito dell'art. 21, sono pel commercio di universale interesse, e che senza questa concessione non potrebbero essere eseguite.

Art. 32.

È facoltativo ai Cantoni, oltre ai diritti riservati all'art. 29 lett. e, di percepire dei diritti di consumo sul vino ed altre bevande spiritose, sempre però colle seguenti restrizioni:

a. Nella riscossione degli stessi il transito non deve in alcuna guisa essere aggravato, ed il commercio in generale inceppato il meno possibile, nè aggravato da verun altro diritto.

b. Se gli oggetti importati pel consumo vengono

B

2. nuovamente esportati dal Cantone, i diritti di consumo già pagati deggiono essere restituiti senza niun altro aggravio.

c. I prodotti svizzeri sono aggravati di diritti più bassi che non quelli dell'estero.

d. I diritti di consumo sul vino e sulle altre bevande spiritose di origine svizzera non possono essere aumentati in quei Cantoni nei quali esistono, nè introdotti in quelli, ne quali ora non se ne riscuote alcuno.

e. Le leggi ed i decreti dei Cantoni sulla percezione dei diritti di consumo, prima d'essere posti in vigore debbono presentarsi all'Autorità federale per l'approvazione, e questo onde sia impedita la trascuranza delle precedenti disposizioni.

Art. 33.

L'amministrazione postale su tutto il territorio della Confederazione viene assunta dalla Confederazione istessa dietro le seguenti prescrizioni:

1) Le comunicazioni postali attualmente esistenti non possono, nel loro insieme, essere diminuite senza consentimento dei Cantoni interessati.

2) Le tariffe in tutto il territorio della Confederazione vengono determinate dietro eguali basi ed il più possibilmente egue.

3) L'inviolabilità del secreto delle lettere è garantita.

4) La Confederazione indennizza la cessione della regalia postale, e precisamente colle seguenti disposizioni:

a. I Cantoni ricevono annualmente una somma, che è media proporzionale dell'introito netto percepito dall'amministrazione delle Poste sul territorio del proprio

2. Cantone, durante i tre anni 1844, 1845 e 1846.

Quando poi l'intervito depurato, cui la Confederazione riscuote dall'Amministrazione postale, non bastasse a tutti questi indennizzi, verrà ai Cantoni fatta una deduzione in proporzione della perdita e della media di sopra stabilita.

b. Quando un Cantone non ha ancor nulla direttamente ricevuto dalla regalia postale, o che per un contratto di cessione temporaria conclusa con un altro Cantone ha manifestamente ricevuto meno di quel che, in modo patente e da dimostrarsi co' registri, l'esercizio della regalia postale sul proprio territorio ha prodotto di netto al Cantone cessionario, sono queste circostanze da prendersi equamente in considerazione nel determinare la somma d'indennizzo.

c. In que' luoghi ne' quali l'esercizio della regalia postale è stato ceduto ai privati, la Confederazione ne assume la relativa indennizzazione.

d. La Confederazione ha diritto ed obbligo di addossarsi il materiale pertinente all'Amministrazione delle Poste, quando questo sia adatto all'uso e necessario, corrispondendo ai proprietari un'equa indennizzazione.

e. L'Amministrazione federale ha diritto di valersi per proprio uso dei fabbricati, che attualmente sono destinati all'Amministrazione postale, mediante indennizzo o comperandoli o appigionandoli.

Art. 34.

Nell'Amministrazione dei dazi e delle poste gli impiegati hanno, per la più gran parte, da essere scelti tra gli abitanti di quei Cantoni, pei quali sono destinati.



Art. 35.

La Confederazione esercita la suprema sorveglianza sulle strade e sui ponti, il cui mantenimento ha per lei un interesse.

Le somme, che, secondo gli articoli 26 e 33, spettano ai Cantoni per dazi e poste, vengono trattenute dall'Autorità federale allorchando queste strade o ponti non sono mantenuti in convenevole stato dai Cantoni, corporazioni o privati, ai quali spettano.

Art. 36.

La Confederazione esercita tutti i diritti spettanti alla regalìa monetaria.

Cessa il coniare delle monete per parte dei Cantoni, e questo vien fatto solo dalla Confederazione.

È oggetto della legislazione federale di stabilire il sistema monetario, e la tariffa di quelle in circolazione: essa prenderà altresì le disposizioni precise, secondo le quali ogni Cantone è obbligato di far rifondere o riconiare le monete già da lui coniate.

Art. 37.

La Confederazione, dietro i principi del vigente concordato federale, introdurrà su tutta l'estensione del suo territorio l'unità di peso e misura.

Art. 38.

La Confederazione ha esclusivamente entro i suoi confini il diritto della fabbricazione e vendita della polvere da schioppo.

Art. 39.

Le spese della Confederazione vengono pagate:

- a. cogli interessi dei fondi federali della guerra;
- b. col prodotto dei dazi svizzeri di frontiera;

M. C.

2.
c. col prodotto dell'amministrazione postale;
d. col prodotto dell'amministrazione della polvere;
e. colle contribuzioni dei Cantoni, le quali però non possono
imporsi se non per decreto dell'Assemblea federale.

Cotali contribuzioni vengono pagate dai Cantoni dietro una
scala del contingente in denaro, la quale ogni vent'anni
deve sottoporsi ad una revisione. Per una si fatta
revisione serviranno di base sì la popolazione che
le sostanze e l'industria dei Cantoni.

Art. 40.

Costantemente dee trovarsi nella cassa federale, in
moneta sonante, almeno una somma eguale al doppio
contingente in denaro, onde sostenere le spese militari
accagionate dalle leve di truppe federali.

Art. 41.

La Confederazione garantisce a tutti gli Svizzeri,
appartenenti ad una delle Confessioni cristiane, il diritto
di libero domicilio su tutto il suo territorio, secondo le
prescrizioni seguenti:

1) A niun Svizzero, che appartiene ad una delle
confessioni cristiane, può essere negato il domicilio in
qualunque Cantone, quando posseda i seguenti autentici
documenti:

a. un attestato di origine od un altro equivalente
documento autentico;

b. un attestato di morale condotta;

c. un attestato che gode dei diritti civili e che è
persona di pura fama;

e quando, dietro richiesta, può provare d'essere
in grado di alimentare sè e la propria famiglia colle
sostanze, coll'industria o con una professione.

Gli Svizzeri naturalizzati hanno di più a presentare



2) L'attestato che da cinque anni almeno si trovano in possesso di una effettiva cittadinanza cantonale.

2) Il domiciliato non può essere richiesto, da parte del Cantone in cui fissa la sua dimora, di veruna mallevanzia, nè, a cagione del domicilio, essergli imposto verun altro carico speciale.

3) Una legge federale stabilirà la durata della concessione di dimora, non che il maximum dei diritti di Cancelleria da pagarsi per ottenerla.

4) Il domiciliato gode di tutti i diritti dei cittadini del Cantone in cui si è stabilito, ad eccezione del diritto di voto negli affari comunali e la partecipazione ai beni dei Comuni e delle corporazioni. In particolare poi gli è garantito il libero esercizio dell'industria ed il diritto di compra e vendita di beni stabili, giusta le leggi ed i decreti del Cantone, i quali, a rispetto di tutto ciò, debbono ritenere il domiciliato pari al proprio cittadino.

5) Nelle imposte comunali il Comune non può aggravare il domiciliato di un altro Cantone di nessuna contribuzione maggiore di quella che pagano i domiciliati attinenti del proprio Cantone.

6) Il domiciliato può essere espulso dal Cantone in cui ha fermato dimora:

a. a cagione di sentenza criminale giuridica;

b. per ordine delle autorità di polizia, quando ha perduto i diritti civili o fu infamato, o che si è reso colpevole d'immorale condotta, o che, divenuto povero, cade in aggravio, o che sia stato spesse volte punito per trasgressioni di polizia.

Art. 12.

Ogni cittadino di un Cantone è Cittadino svizzero. Come tale egli può esercitare i diritti politici negli affari

B. f. d.

2. federali e cantonali in quel Cantone nel quale è domiciliato. Tuttavia non può esercitare questi diritti se non alle medesime condizioni dei cittadini del Cantone; e rispetto agli affari cantonali, li può esercitare solo dopo una dimora più prolungata, la cui durata è stabilita dalla legislazione cantonale, ma che non può mai essere protratta ad oltre due anni.

Nissuno può esercitare i diritti politici in più d'un Cantone.

Art. 43.

Nissun Cantone può dichiarare un cittadino decaduto dal diritto di cittadinanza.

Nissun Cantone può accordare agli stranieri il diritto di cittadinanza prima che non sieno affatto liberi dai legami, che lo teneano avvinto al proprio Stato.

Art. 44.

È garantito il libero esercizio di culto delle Confessioni cristiane riconosciute su tutto il territorio della Confederazione.

Ai Cantoni e alla Confederazione resta riservato il diritto di prendere le misure proprie al mantenimento dell'ordine pubblico e della pace tra le Confessioni.

Art. 45.

È garantita la libertà della stampa.

La legislazione cantonale prende le necessarie disposizioni contro l'abuso della medesima, le quali disposizioni abbisognano però dell'approvazione del Consiglio federale.

La Confederazione ha il diritto di statuire delle leggi penali contro l'abuso della stampa, che prende di mira la Confederazione e le sue Autorità.

Art. 46.

Art. 46.

I cittadini hanno diritto di formare delle riunioni quando non sono illegali o pericolose allo Stato nè pel loro scopo, nè pei mezzi a questo impiegati. La legislazione cantonale emana le convenienti disposizioni a reprimere l'abuso di cotesto diritto.

Art. 47.

È garantito il diritto di petizione.

Art. 48.

Tutti i Cantoni hanno obbligo di ritenere i Cittadini svizzeri di una delle confessioni cristiane eguali ai cittadini del proprio Cantone, così nella legislazione come nella procedura giudiziaria.

Art. 49.

Tutte le sentenze civili aventi forza esecutiva pronunciate in un Cantone debbono ottenere esecuzione in tutta la Svizzera.

Art. 50.

Il debitore svizzero solvibile, che ha uno stabile domicilio, deve per pretese personali essere citato innanzi al giudice del proprio domicilio; e quindi a motivo di pretese non si può mettere sequestro di sorta sui beni di una persona fuori del Cantone, in cui abita.

Art. 51.

Ogni diritto di detrazione (jus detractus, — traite foraine, — Abzugsrechte) nell'interno della Svizzera, siccome pure qualsiasi diritto di prelazione (droit de retrait, — Zugrechte), esercitato dai cittadini di un Cantone verso i cittadini di un altro Cantone, è abolito.

Art. 52.

Art. 52.

Rispetto agli Stati esteri vi ha libertà di trasporto delle sostanze sotto riserva di reciprocità.

Art. 53.

Niuno può essere sottratto al proprio giudice costituzionale, e quindi non può essere creato verun tribunale eccezionale.

Art. 54.

Per delitti politici non si può pronunciare sentenza di morte.

Art. 55.

Una legge federale stabilirà le norme sull'estradizione degli imputati di delitti da un Cantone all'altro: nullameno l'estradizione per delitti politici e di stampa non può essere obbligatoria.

Art. 56.

È oggetto della legislazione federale la definizione dei diritti di cittadinanza degli individui senza patria (Heimathlose), e lo stabilire delle misure onde non se ne producano dei nuovi.

Art. 57.

La Confederazione ha diritto di espellere dal territorio svizzero quei forastieri, che mettono a pericolo la sicurezza interna od esterna della Confederazione.

Art. 58.

Non possono essere ammessi in nessuna parte della Svizzera, nè i Gesuiti, nè le società ad essi affiliate.

Art. 59.

Art. 59.

Le Autorità federali possono emanare degli ordini di polizia sanitaria in tempi di epidemia di pericolo universale.

Capitolo secondo. Autorità federali.

I. Assemblea federale.

Art. 60.

La suprema Autorità della Confederazione è esercitata dall'Assemblea federale che si compone di due sezioni:

- A. del Consiglio nazionale,
- B. del Consiglio degli Stati.

A. Consiglio Nazionale.

Art. 61.

Il Consiglio nazionale si compone dei Deputati del Popolo Svizzero. Ogni 20,000 anime di popolazione vien scelto un membro.

Una frazione maggiore di 10,000 anime è computata per 20,000.

Ogni Cantone, e, dove i Cantoni sono separati, ognuna delle parti del Cantone, elegge per lo meno un membro.

B. Art. 62.

Art. 62.

Le elezioni pel Consiglio nazionale sono dirette. Esse hanno luogo in circoli elettorali federali, che però non possono essere formati da parti di Cantoni diversi.

Art. 63.

Ha diritto di voto ogni Svizzero, che ha compiuto il ventesimo anno d'età e che del resto non è escluso dal diritto di cittadinanza attiva, secondo la legislazione del Cantone nel quale ha il proprio domicilio.

Art. 64.

Sono eleggibili come membri al Consiglio nazionale tutti i Cittadini svizzeri dello stato secolare aventi diritto di voto.

I Cittadini svizzeri naturalizzati per essere eleggibili devono possedere l'acquistato diritto di cittadinanza almeno da cinque anni.

Art. 65.

Il Consiglio nazionale viene eletto per la durata di tre anni, ed ogni volta è rinnovato per rielezioni integrali.

Art. 66.

I membri del Consiglio degli Stati, del Consiglio federale e gli impiegati nominati da quest'ultimo non possono essere contemporaneamente membri del Consiglio nazionale.

Art. 67.

Il Consiglio nazionale elegge nel proprio seno un Presidente ed un Vice-Presidente per ogni sessione ordinaria o straordinaria.

Quel membro che ha coperto la carica di Presi-

dente

dente in una sessione ordinaria, nella prossima sessione ordinaria non è eleggibile nè come Presidente, nè come Vice-Presidente. Il medesimo membro non può essere Vice-Presidente per due sessioni ordinarie consecutive.

Quando via abbia eguaglianza di voti, quello del Presidente decide; nelle nomine egli ha diritto di voto come ogni membro.

Art. 68.

I membri del Consiglio nazionale vengono indennizzati dalla cassa federale.

B. Consiglio degli Stati.

Art. 69.

Il Consiglio degli Stati è composto da 11 Deputati de' Cantoni. Ogni Cantone elegge due Deputati; nei Cantoni separati, ogni parte elegge un Deputato.

Art. 70.

I membri del Consiglio nazionale e del Consiglio federale non possono contemporaneamente essere membri del Consiglio degli Stati.

Art. 71.

Il Consiglio degli Stati per ogni sessione ordinaria o straordinaria nomina nel suo seno un Presidente ed un Vice-Presidente.

Un Cantone non può avere uno de' suoi Deputati nè come Presidente, nè come Vice-Presidente per due sessioni ordinarie consecutive.

I Deputati di uno stesso Cantone non possono

copiare

2. coprire la carica di Vice-Presidente per due sessioni ordinarie consecutive.

Quando i voti sono pari quello del Presidente decide; nelle nomine egli ha diritto di voto come ogni membro.

Art. 72.

I membri del Consiglio degli Stati vengono indennizzati dai Cantoni.

C. Attributi dell'Assemblea federale.

Art. 73.

Il Consiglio nazionale ed il Consiglio degli Stati debbono trattare tutti gli oggetti, che, giusta il tenore della presente Costituzione, sono di competenza federale e non sono attribuiti ad un'altra Autorità federale.

Art. 74.

Gli oggetti, che spettano ai due Consigli, sono particolarmente i seguenti:

1) Le leggi ed i regolamenti per l'eseguimento della Costituzione federale, e precisamente le leggi sulla formazione dei circoli elettorali, sulla maniera di elezione, sull'organizzazione e spaccio degli affari per parte delle Autorità federali, e sulla formazione dei tribunali dei giurati (Jury).

2) Lo stipendio e l'indennizzazione dei membri delle Autorità federali e della Cancelleria federale: la creazione degli impieghi stabili e la determinazione dei loro onorari.

3) La nomina del Consiglio federale, del Tribunale federale, del Cancelliere, del Generale, del Capo

di

di Stato-maggiore ed dei Rappresentanti federali.

4) La ricognizione degli Stati e dei Governi esteri.

5) Le alleanze ed i trattati coll'estero, non che l'approvazione dei trattati dei Cantoni tra loro e coll'estero. Cotali trattati dei Cantoni però vengono presentati all'Assemblea federale solo quando v'abbia richiamo o da parte del Consiglio federale, o da parte di un altro Cantone.

6) Le provvidenze per la sicurezza esterna, pel mantenimento dell'indipendenza e neutralità della Svizzera, il dichiarare la guerra ed il conchiuderla pace.

7) La garanzia delle costituzioni e del territorio dei Cantoni; l'intervento in conseguenza della garanzia; le misure per l'interna sicurezza, pel mantenimento della pace e dell'ordine; l'amnistia e la grazia.

8) Le provvidenze che hanno per iscopo la conservazione della Costituzione federale, la garanzia delle costituzioni cantonali, l'adempimento dei doveri federali e la difesa dei diritti garantiti dalla Confederazione.

9) Le disposizioni legislative sull'organizzazione militare federale, sull'istruzione delle truppe e sulle contribuzioni dei Cantoni; le disposizioni intorno all'armata federale.

10) Lo stabilire la scala federale pel contingente in uomini ed in danaro; le disposizioni legislative sull'amministrazione e sull'impiego dei fondi federali della guerra; la riscossione del contingente in danaro dei Cantoni; i prestiti; il conto preventivo ed i reso-conti.

11) Le leggi e decreti sui dazi, sulle poste, sulle monete, sui pesi e misure, sulla fabbrica e vendita

M₃ della

2. della polvere da schioppo, sulle armi e sulle munizioni.

12) L'eruzione di stabilimenti ed opere pubbliche, e le espropriazioni relative.

13) Le disposizioni legislative sui rapporti di domicilio, sui privi di patria (Heimathlose), e la polizia sui forastieri e la sanitaria.

14) La suprema sorveglianza sull'amministrazione federale e sulla giustizia.

15) I reclami dei Cantoni o dei cittadini contro gli ordini o decisioni del Consiglio federale.

16) Quelle contese tra i Cantoni, che riguardano i diritti di Stato.

17) Le quistioni di competenza, particolarmente per decidere:

a. se un oggetto spetti alla Confederazione o alla Sovranità cantonale;

b. se una quistione spetti al Consiglio federale o al Tribunale federale.

18) La riforma della Costituzione federale.

Art. 75.

Ambo i Consigli si radunano una volta all'anno in sessione ordinaria, in un giorno fissato dal regolamento.

Essi vengono pure convocati straordinariamente per decreto del Consiglio federale, oppure quando lo domandano il quarto dei membri del Consiglio nazionale, o cinque Cantoni.

Art. 76.

Per validamente deliberare è necessaria la presenza della maggioranza assoluta dei membri del rispettivo Consiglio.

Art. 77.

Art. 77.

Nel Consiglio nazionale e nel Consiglio degli Stati decide la maggioranza dei votanti.

Art. 78.

Per le leggi e le risoluzioni federali è necessario l'assenso di ambedue i Consigli.

Art. 79.

I membri di ambedue i Consigli votano senza istruzioni.

Art. 80.

Ciascuno dei Consigli tratta e delibera separatamente. Per le nomine (art. 71, N. 3), per l'esercizio del diritto di grazia e per la decisione delle quistioni di competenza ambedue i Consigli si riuniscono a deliberare in comune sotto la direzione del Presidente del Consiglio nazionale, e così decide la maggioranza assoluta dei membri votanti di ambo i Consigli.

Art. 81.

Ognuno dei due Consigli ed ogni membro di ciascheduno di essi ha il diritto di iniziativa.

I Cantoni esercitano per corrispondenza il medesimo diritto.

Art. 82.

Le sessioni di ambedue i Consigli, di regola ordinaria, sono pubbliche.

II. Consiglio federale.

Art. 83.

Il Consiglio federale è la suprema Autorità esecutiva e direttoriale della Confederazione: esso è composto di sette membri.

Art. 84.

I membri del Consiglio federale vengono nominati per tre anni dall'Assemblea federale fra tutti i Cittadini svizzeri, che sono eleggibili come membri del Consiglio nazionale. Tuttavia da un Cantone non si può scegliere più di un membro.

Dopo ogni rinnovazione integrale del Consiglio nazionale ha pur luogo una totale rinnovazione del Consiglio federale.

I posti divenuti vacanti nel frattempo, vengono surrogati nella prossima sessione dell'Assemblea federale per il resto della durata della carica.

Art. 85.

I membri del Consiglio federale non possono coprire verun altro impiego sia esso al servizio della Confederazione, sia di un Cantone, nè esercitare qualunque siasi professione o industria.

Art. 86.

La presidenza del Consiglio federale è devoluta al Presidente della Confederazione: esso ed il Vice-Presidente vengono nominati fra i membri dello stesso, per la durata di un anno dai due Consigli riuniti.

Il Presidente che cessa non è più eleggibile pel seguente anno nè come Presidente, nè come Vice-

M Presidente

22. *Presidente. Lo stesso membro non può coprire la carica di Vice-Presidente per due anni consecutivi.*

Art. 87.

Il Presidente della Confederazione e gli altri membri del Consiglio federale ricevono dalla Cassa federale un annuo onorario.

Art. 88.

Per trattare e risolvere legalmente devono essere presenti almeno quattro membri.

Art. 89.

I membri del Consiglio federale nelle discussioni di ambedue le sezioni dell'Assemblea federale hanno voto consultivo, ed hanno pure diritto di fare delle proposte su d'un oggetto in deliberazione.

Art. 90.

Il Consiglio federale, entro i limiti della presente Costituzione, ha particolarmente gli attributi ed obblighi seguenti:

1) *Dirige gli affari federali, giusta le leggi ed i decreti della Confederazione.*

2) *Dee vegliare sulla precisa osservanza della Costituzione, delle leggi e dei decreti della Confederazione, non che sulle prescrizioni dei concordati federali: esso prende, tanto spontaneamente quanto per richiamo altrui, le necessarie provvidenze pel mantenimento degli stessi.*

3) *Veglia per la garanzia delle Costituzioni cantonali.*

4) *Propone all'Assemblea federale leggi e risoluzioni, ed accompagna del suo preavviso le proposte, che gli pervengono dai Consigli della Confederazione,*

B. 0

o dai Cantoni.

5) Esequisce le leggi e le risoluzioni federali, le sentenze del Tribunale federale, e le transazioni o giudizi arbitramentali sulle quistioni tra i Cantoni.

6) Fa quelle nomine, che dalla Costituzione non sono attribuite all'Assemblea federale ed al Tribunale federale, o, per una legge, ad un'altra Autorità subalterna.

Nomina dei Commissari per missioni nell'interno o all'estero.

7) Esamina i trattati dei Cantoni fra loro o coll'estero e li approva se nulla osta (art. 7A, N. 5).

8) Veglia alla conservazione degli interessi della Confederazione all'estero, e specialmente i rapporti di diritti internazionali, ed in generale è incaricato degli affari esteri.

9) Veglia per la sicurezza esterna della Svizzera, per il mantenimento della sua indipendenza e della sua neutralità.

10) Ha cura della sicurezza interna del mantenimento della tranquillità e dell'ordine della Confederazione.

11) Nei casi di urgenza, se i Consigli non sono radunati, il Consiglio federale è autorizzato a fare una leva delle truppe necessarie ed a disporne, sotto riserva dell'immediata convocazione dell'Assemblea federale, quando le truppe levate oltrepassino i due mila uomini, o la durata ch'esse rimangono in arme sia più di tre settimane.

12) È incaricato di tutti gli affari militari e di tutti i rami di amministrazione, che spettano alla Confederazione.

13) Esamina le leggi e le disposizioni dei Cantoni,

che

che necessitano della sua approvazione: invigila pure
quei rami dell'amministrazione cantonale, cui la Con-
federazione ha sommessi alla sua sorveglianza, come
sono gli oggetti militari, i dazi, le strade ed i ponti.

14) Ha l'amministrazione delle finanze della
Confederazione, presenta il conto preventivo, ed il rendi-
conto delle entrate ed uscite della Confederazione.

15) Ha la sorveglianza sulla gestione di tutti
i funzionari ed impiegati dell'amministrazione fede-
rale.

16) In ogni ordinaria sessione rende conto al-
l'Assemblea federale della propria gestione; fa
rapporto sullo stato interno ed esterno della Confe-
derazione, e raccomanda all'attenzione di lei
quelle misure, cui crede vantaggiose a favoreggiare
l'universale prosperità.

Di più, ha da presentare particolari rapporti
quando lo richieda l'Assemblea federale o una delle
Sezioni di essa.

Art. 91.

Gli affari del Consiglio federale vengono par-
titi in dipartimenti fra i singoli membri. Que-
sta distribuzione ha unicamente per iscopo di age-
volare l'esame e lo spaccio degli affari: la de-
cisione emana sempre dal Consiglio federale come
Autorità.

Art. 92.

Per affari speciali il Consiglio federale ed
i suoi dipartimenti hanno diritto di aggiugnersi
degli esperti.

B

III. Cancelleria federale.

Art. 93.

Una Cancelleria federale, presieduta da un Cancelliere, dà spaccio agli affari di Cancelleria tanto per l'Assemblea federale quanto pel Consiglio federale.

Il Cancelliere è nominato dall'Assemblea federale; sta in carica tre anni, e sempre è scelto contemporaneamente al Consiglio federale.

La Cancelleria federale è sotto la sorveglianza speciale del Consiglio federale.

La più precisa organizzazione della Cancelleria federale è riservata alla legislazione federale.

IV. Tribunale federale.

Art. 94.

È eretto un Tribunale federale per l'amministrazione della giustizia in quanto essa cade nella competenza della Confederazione.

Per giudicare e sentenziare dei delitti sono istituiti dei Tribunali di giurati (Jury).

Art. 95.

Il Tribunale federale consta di undici membri e di supplementari, il cui numero verrà fissato dalla legislazione federale.

Art. 96.

I membri del Tribunale federale ed i supplementari vengono eletti dall'Assemblea federale. La durata della loro carica è di tre anni.

La
rinno...

2. rinnovazione del Tribunale federale avviene dopo quella del Consiglio nazionale.

Se nel frattempo alcun posto rimane vacante, viene surrogato nella prossima sessione dell'Assemblea federale per il resto della durata in ufficio.

Art. 97.

Ogni Cittadino svizzero, che è eleggibile pel Consiglio nazionale, può essere nominato membro del Tribunale federale.

I membri del Consiglio federale e gli impiegati nominati da lui non possono ad un tempo essere membri del Tribunale federale.

Art. 98.

L'Assemblea federale nomina sempre ogni anno il Presidente e Vice-Presidente del Tribunale federale, scegliendolo tra i membri dello stesso.

Art. 99.

I membri del Tribunale federale vengono indennizzati a giornata dalla Cassa federale.

Art. 100.

Il Tribunale federale costituisce la sua Cancelleria.

Art. 101.

Il Tribunale federale giudica come Tribunale Civile:

1) le quistioni, che non sono di diritto pubblico:

a. dei Cantoni tra loro;

b. della Confederazione con un Cantone;

2) le quistioni tra la Confederazione da una parte, e Corporazioni o privati dall'altra, allorchè

questo

2 queste Corporazioni o privati sono attori e l'oggetto in
contesa giunge ad una importanza di valore da deter-
minarsi dalla legislazione federale;

3) le quistioni riguardanti quelli che non hanno
patria (Heimathlose).

Nei casi indicati al N. 1, lett. a e b, avviene
il rimando al Tribunale federale per parte del Consi-
glio federale. Quando questo decide negativamente
la quistione, se un tale oggetto sia di spettanza del
Tribunale federale, la differenza viene decisa dall'As-
semblea federale.

Art. 102.

Il Tribunale federale ha dovere di assumere
il giudicio anche di altri casi allorchè è invocato da
amendue le parti, e l'oggetto in contesa giugne ad
una importanza di valore da determinarsi dalla
legislazione federale. In tal caso però le spese
vanno esclusivamente a carico delle parti.

Art. 103.

L'azione del Tribunale federale per le sen-
tenze criminali è determinata dalla legislazione
federale, che stabilirà ulteriormente sul mettere in
istato d'accusa, sulla formazione delle Corti crimi-
nali (cour d'assises) e sul Tribunale di Cassazio-
ne.

Art. 104.

La Corte criminale, coll'aggiunta dei
Giurati che pronunciano sulle quistioni di fatto,
giudica:

a. nei casi che un' Autorità federale ri-
mandi al giudicio penale gli impiegati da lei stessa
nominati;

b.

22

b. nei casi di alto tradimento contro la Confederazione, di rivolta o di violenza contro le Autorità federali;

c. dei delitti e mancanze contro il diritto del Popolo;

d. dei delitti politici e delle mancanze che furono cagione e conseguenza di turbolenze tali da rendere necessario l'intervento federale armato.

L'Assemblea federale ha diritto di pronunciare amnistia o grazia per delitti o mancamenti di questa natura.

Art. 105.

Il Tribunale federale giudica inoltre sulla violazione dei diritti garantiti dalla Costituzione federale, quando le relative accuse vengono a lui rimesse dall'Assemblea federale.

Art. 106.

È in potera della legislazione federale il dichiarare di competenza del Tribunale federale anche altri casi, oltre agli oggetti designati agli articoli 101, 104 e 105.

Art. 107.

La legislazione federale determinerà più particolarmente:

a. intorno alla creazione di un Procuratore per lo Stato;

b. intorno ai delitti e mancanze di competenza del Tribunale federale, ed intorno alle pene da applicarsi;

c. intorno alla procedura, che dee essere orale e pubblica;

d. intorno alle spese giudiziarie.

V. Disposizioni diverse.

Art. 108.

Tutto che si riferisce alla sede delle Autorità federali è oggetto della legislazione federale.

Art. 109.

Le tre lingue principali della Svizzera, la tedesca, la francese e l'italiana sono lingue nazionali della Confederazione.

Art. 110.

I funzionari della Confederazione sono responsabili della loro gestione. Una legge federale determinerà in modo più preciso questa responsabilità.

Capitolo terzo.

Riforma della Costituzione federale.

Art. 111.

La Costituzione federale può essere riformata in ogni tempo.

Art. 112.

La riforma ha luogo nel modo stabilito dalla legislazione federale.

Art. 113.

Quando una Sezione dell'Assemblea federale decide la riforma e l'altra non vi acconsente, oppure quando cinquantamila Cittadini svizzeri, aventi diritto di voto, domandano la riforma della Costituzione federale,

si

si nell'uno che nell'altro caso la domanda — « se la riforma abbia o no ad aver luogo » — deve sottoporsi alla votazione del Popolo svizzero.

Quando in uno di questi casi la maggioranza dei Cittadini svizzeri votanti si dichiara affermativamente sulla domanda, si procederà alla rielesione dei due Consigli onde por mano alla riforma.

Art. 111.

La Costituzione federale riveduta entra in vigore quando è accettata dalla maggioranza de' Cittadini attivi, che avranno votato, e dalla maggioranza dei Cantoni.

Disposizioni transitorie.

Articolo 1.

I Cantoni debbono pronunciarsi sull'accettazione della presente Costituzione federale a quel modo che è prescritto dalla Costituzione cantonale, o — dove la Costituzione nulla prescrive su ciò — a quel modo che verrà stabilito dalla suprema Autorità del rispettivo Cantone.

Art. 2.

I risultati della votazione debbono spedirsi al Direttorio federale e per suo mezzo alla Dieta, la quale decide se la nuova Costituzione federale sia accettata.

Art. 3.

Se la Dieta ha dichiarato che la Costituzione federale è accettata, prende immediatamente le necessarie provvidenze perchè venga eseguita.

Le attribuzioni del Consiglio federale della guerra e del Consiglio di amministrazione dei fondi federali della guerra passano al Consiglio federale.

Art. 4.

Le prescrizioni contenute in principio ed alla lett. c dell' art. 6. della presente Costituzione federale non possono applicarsi alle Costituzioni dei Cantoni presentemente in vigore.

Quelle disposizioni delle Costituzioni cantonali, che sono in opposizione alle altre prescrizioni della Costituzione federale, cessano, come abolite, dal

17^{to} giorno

giorno che quest'ultima è stata dichiarata accettata.

Art. 5.

La riscossione dei diritti svizzeri di frontiera dura finchè la tariffa dei nuovi dazi di confine da introdursi sia stata posta in esecuzione.

Art. 6.

Le risoluzioni della Dieta ed i concordati rimangono in vigore fino alla loro soppressione o cambiamento, quando però non sieno in opposizione alla presente Costituzione federale.

Per lo contrario cessano dalla loro validità quei concordati, il contenuto dei quali fu dichiarato come oggetto di legislazione federale, e precisamente dall'istante che quest'ultima entra in vigore.

Art. 7.

Si tosto che l'Assemblea federale ed il Consiglio federale sono costituiti, cessa d'aver vigore il Patto federale del 7 agosto 1815.

Decreto

concernente la dichiarazione solenne dell'accettazione
della nuova Costituzione Federale della Confederazio-
ne Svizzera,

La Dieta federale

Presi in esame i processi verbali e gli altri atti che
sono pervenuti da parte di tutti i Cantoni al Direttorio
Federale relativamente alla votazione sulla Costituzione
Federale della Confederazione Svizzera, sanzionata
dalla Dieta nelle sue sedute dal 15 maggio al 27 giugno
1848 inclusivamente;

Considerando che si evince da queste comunicazioni
che tutti i Cantoni si sono pronunciati sull'accettazione
o rigetto dell'accennata Costituzione Federale, nel modo
esplicitamente prescritto dall'art. 1. delle disposizioni
transitorie;

Considerando risultare dall'esame accurato dei
processi verbali sulla votazione eseguita in tutti i
Cantoni che la Costituzione Federale per la Confedera-
zione Svizzera è stata adottata da quindici Cantoni e
mezzo, rappresentanti insieme una popolazione di
1,897,887 anime, per conseguenza la grande maggioranza
dei cittadini attivi, così come la gran maggioranza
dei Ventidue Cantoni;

In esecuzione dell'art. 2. delle disposizioni tran-
sitorie, dietro le quali spetta alla Dieta di decidere,
fatto lo spoglio della votazione, se la nuova Costitu-
zione Federale è accettata o no,

Decreta:

Articolo 1. La Costituzione Federale della Confede-
razione

2.
razione Svizzera, adottata dalla Dieta nelle sue sedute dal
15 maggio al 27 giugno 1848, e stata sottoposta alla vota-
zione in tutti i Cantoni conformemente all' articolo 1.
delle disposizioni transitorie, è dichiarata solennemente
accettata e riconosciuta come legge fondamentale della
Confederazione Svizzera.

Art. 2. La presente Dichiarazione sarà deposta
in originale, unitamente alla Costituzione Federale
quale fu accettata, negli archivi federali siccome atto
autentico: ne sarà stampato un numero sufficiente
di esemplari, che saranno immediatamente, per
cura del Direttorio, comunicati a tutti i Governi
cantionali onde sieno portati alla conoscenza di tutti
i Cittadini.

Art. 3. La Dieta prenderà immediatamente
le disposizioni necessarie all' attivazione della Costituzio-
ne Federale.

Fatto a Berna, il 12 settembre 1848.

La Dieta Federale ordinaria
e in suo nome

Il Presidente del Consiglio esecutivo di Berna
Direttorio Federale
Presidente della Dieta

Hep: L. 11111.

Il Cancelliere della Confederazione
Schieffs.

